Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 303 — Freitag, den 29. Dezember 1905. — 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Arbeiter!

Wer wagt es in Deutschland, nach obenhin die Wahrheit zu sagen? Wer beugt sich nicht vor Unternehmern und mächtigen Herren? Wer sagt den Richtern ohne Zaudern, ob sie Recht oder Unrecht gesprochen haben? Wer schützt die Söhne des Volkes vor Mißhandlungen beim Militär?

Wer steht dem Arbeiter in jedem Lohnkampf fest zur Seite? Wer überwacht die heimlichen Kniffe und Schliche der Spekulanten und Unternehmer? Wer stellt die Fleischteurung, die Wohnungswucherer, die Lebensmittelfälscher unbarmherzig an den Pranger? Wer schützt in dieser Welt des Unrechts den Schwachen vor dem Starken, den Gutmütigen vor dem Hinterlistigen, den Redlichen vor dem Spitzbuben?

Arbeiter, wir fragen dich: Ist's nicht die sozialdemokratische Zeitung, die dir beisteht in deinen schweren Kämpfen?

Ernste Zeiten stehen vor der Tür! Der Kampf gegen die Verteurung des Fleisches, des Brotes, der Kampf gegen die Zinsgeier wird täglich schärfer. Gewaltige Dinge spielen sich in Rußland ab. Ueberall in Deutschland regt sich eine kräftige Wahlrechtsbewegung.

Wer die Wahrheit hören will, der lese das Arbeiterblatt!

Arbeiter! Freunde! Rüttelt die Lauen auf! Weckt die Gleichgültigen! Werbet zum Siege des Volkes über seine gewissenlosen Unterdrücker und Beherrscher, werbet für euer wichtiges Kampfmittel, werbet für eure Zeitung, den

„Lübecker Volksbote“.

An die Arbeiter aller Länder!

Am 22 Januar wird es ein Jahr sein, seit Nikolaus II und seine Ratgeber die Arbeiter Petersburgs niedermetzeln ließen, welche unbewaffnet auszogen, um Beendigung eines niederträchtigen Krieges, um Besserung ihrer unerträglichen Lage, um Bewilligung elementarster Volksrechte zu bitten, die das Proletariat aller übrigen Länder bereits besitzt.

Dieser Tag des 22 Januar ist ein entscheidendes Datum in der russischen Revolution.

Dieser Tag hat dem Volke die Augen weit geöffnet. Er hat alle Illusionen derer vernichtet, die noch an das Wohlwollen des Zaren glaubten. Er hat schließlich zum äußersten Kampfe das Signal gegeben, zu einem Todeskampfe zwischen der Arbeiterklasse und den letzten Stützen eines Regimes, das vom Gewissen aller ehrlichen Menschen schon längst verdammt worden ist.

Vergebens versucht der Zarismus sein Geschick abzuwenden, indem er neue Verbrechen anstiftet: er mobilisiert die Kosaken, er organisiert und bewaffnet die schwarzen Banden, er hetzt elende Finsterlinge gegen Juden, Armenier, gegen die Intelligenz, gegen alle diejenigen auf deren Ansicht, Nationalität oder Rasse sie als Feinde der Bureaukratie und des Absolutismus kennzeichnet.

Dieser niederträchtigen Politik gegenüber widersetzt sich das revolutionäre Proletariat seit einem Jahre mit der wunderbarsten Anstrengung, die je von einem Volke in seinem Befreiungskampfe angewandt worden ist.

Das ganze Reich ist von einer fortdauernden Revolution ergriffen. Ausstände folgen auf Ausstände. Keine Monatsfrist verstreicht, ohne daß neue Anstrengungen dem Zaren Zugeständnisse entreißen, die seinen endgültigen Sturz bereiten und unvermeidlich machen. Während der dem 22. Januar folgenden Tage findet ein Ausstand von 600 000 Arbeitern in Polen statt, welcher bald das ganze Reich erfaßt, mit dem Losungsruf: „Tod oder Freiheit!“ Kalajeff richtet den Großfürsten Sergius hin. Die Arbeiterklasse verwirft die zaudernden Versuche der Schidlowsky-Kommission und die des Finanzministers Kokowzew. Bauernunruhen brechen aus, und Landleute bemächtigen sich der herrschaftlichen Güter, deren Besitzer sich in die Städte flüchten. Die Matrosen des „Potemkin“ schließen sich dem Volkskampfe an, und auf den Schiffen des Zaren hissen sie die Fahne der „Internationale“. Soldaten, die täglich zahlreicher werden, weigern sich, ihre Brüder niederzuschießen. Das hohe Kommando gibt schändlicherweise die mandschurische Armee dem gräßlichsten Elend preis und wagt es nicht, sie zurückzurufen. Zum ersten mal treten politische Parteien in die Oeffentlichkeit. Man macht ihnen Versprechungen, man verspricht ihnen Konzessionen. Der Zar verkündet seinen „unerschütterlichen Willen“, eine Nationalversammlung einzuberufen, aber eine beratende Versammlung, nur von Adeligen und Reichen auserwählt, mit Ausschluß der ganzen Arbeiterklasse sowie der gebildeten Intelligenz. Er läßt die unvergeßlichen Helden der Revolution, so Wassiliew, Gerschkowitch, Kasprzak, Krause, Chmelnitzky, Nikoforow, und andere henken. Er läßt Petroff Titoff, Adamenko, Tchorny, Motcheslover und ihre Genossen der empörten Flotte erschießen. Aber das Blut der Märtyrer ist segensreich. Die fortwährend zunehmende sozialistische Bewegung vereinigt in einem gemeinschaftlichen Kraftaufwand oder durch hinreißende Gewalt das Proletariat der Städte, das Volk vom Lande, die liberalen Elemente des Bürgerstandes. In allen großen Städten bricht der allgemeine Ausstand los. Die Verbindungswege werden unterbrochen. Rußland wird von der übrigen Welt abgeschnitten. Die Regierung wird durch den Ausstand der Eisenbahner ins Innere ihres Daseins getroffen und nach einigen Tagen unnützen Widerstandes hat Nikolaus II mit dem Manifest vom 30. Oktober feierlich seine Niederlage anerkannt, indem er neue Konzessionen verkündete.

Die Geschichte dieses Jahres 1905 hat der Welt den Wert des russischen Sozialismus klargelegt. Sie hat die auf dem internationalen Kongreß zu Paris 1889 geäußerte Prophezeiung bewahrheitet: „Die revolutionäre Bewegung wird in Rußland siegen als eine Arbeiterbewegung oder sie wird überhaupt nicht siegen.“ Jetzt aber, dank der Opferwilligkeit, dank der Hingebung und dem Heldenmut des Proletariats, ist sie des Sieges sicher, und schon überall in Europa erschüttert heftig der unabwendbare Zusammenbruch des Zarismus alle Stützen der Reaktion in ihrer Grundlage. Allein das Werk ist nicht vollendet. Wenn die Revolution in den Geistern auch bereits gesiegt hat, so hat sie doch als materielle Tatsache erst nur begonnen. Ehe der russische Sozialismus einen entscheidenden Sieg feiern kann, wird noch das Proletariat monate-, vielleicht jahrelang seinen Kampf fortführen müssen.

In diesem Kampfe, der auch unser Kampf ist, muß das russische Proletariat auf unseren moralischen Beistand und ebenso auf die materielle Unterstützung der ganzen Internationale bauen können.

Auch war es ganz im Sinne unserer Auffassung, daß die Genossen der Vereinigten Staaten durch einen begeisterten Aufruf das internationale sozialistische Bureau ersucht haben, die angeschlossenen Parteien zu bewegen, diesen historischen Tag, den 22. Januar, festlich zu feiern.

Wir sind der Ueberzeugung, daß unser Vorschlag überall, wo das sozialistische Bewußtsein wach geworden ist, gewogene Aufnahme finden wird. Daß die Parole also sei:

Am Montag, den 22. Januar, oder wenigstens am Vorabend (Sonntag), werden alle Vereine aller angeschlossenen sozialistischen Parteien Massenversammlungen abhalten und womöglich Umzüge veranstalten Die im voraus bezeichneten Redner werden an den heroischen Kampf unserer Brüder in Rußland erinnern und eine Geldsammlung wird veranstaltet, um mit allen Mitteln denen behülflich zu sein, die gegen den Zarismus für die heilige Sache der Freiheit kämpfen. Die Sammlungen sollen an die Zentralorganisation der angeschlossenen Parteien oder an das internationale sozialistische Bureau übermittelt werden.

Nieder mit der Alleinherrschaft!

Es lebe der internationale Sozialismus!

Das internationale sozialistische Bureau.

Argentinien: A. Cambier. M. Ugarte. — Australien: H. Dierks. — Böhmen: A. Nemec. F. Soucup. — Bulgarien: G. Kirkow. Y. Sakasow. — Dänemark: P. Knudsen. C. M. Olsen. — Deutschland: A. Bebel. P. Singer. — England: H. Hyndman. J. Keir Hardie. — Frankreich: J. Jaurès. E. Vaillant. — Holland: P. Troelstra. H. van Kol. — Italien: E. Ferri. F. Turati. — Japan: Sen Katayama. — Luxemburg: Dr. Welter. — Norwegen: A. Eriksen. Olav Kringen. — Oesterreich: Dr. V. Adler. F. Skaret. — Portugal: A. Guecco. — Schweiz: O. Rapin. — Schweden: H. Branting. C. Wickman. — Serbien: V. Stoyanovitch. — Spanien: P. Iglesias. F. Mora. — Ungarn: E. Garami. J. Weltner. — Vereinigte Staaten: D. de Leon. M. Hillquit.

Das Exekutivkomitee (Belgien):

Eduard Anseele. Emile Vandervelde. Camille Huysmans, Sekretär.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine unverschämte Scharfmacherei. Der Wahlrechtskampf des sächsischen Proletariats hat die deutschen Reaktionäre und Scharfmacher furchtbar nervös gemacht. Diese sonst ziemlich prahlsüchtigen Herren müssen sich in ihrer Position doch sehr unsicher, sehr wenig festgewurzelt in ihrer Macht fühlen, daß sie bei jeder energischen Regung des Proletariats gleich die gesamte Ordnung wackeln und ihren totalen Einsturz nahe sehen. Jetzt sehen sie angsschlotternd Furchtbares in Preußen sich vorbereiten. Unsere preußischen Genossen sind bekanntlich in eine Aktion gegen das Dreiklassenunrecht eingetreten, das sie in ihrem engeren Stiefvaterlande ebenso bedrückt wie die Sachsen. Proiestartikel der Parteipresse zur Eröffnung des preußischen Landtags haben die Bewegung eingeleitet — die Fortsetzung wird wohl erst erfolgen, wenn das Geldsacks- und Junkerparlament wieder an seine volksverderbende Arbeit geht. Was an einzelnen Maßnahmen und wann sie zu erfolgen haben, das ist sicherlich heute noch gar nicht bestimmt und wird sich nach den Umständen richten. Ein Berliner Scharfmacher-Journalist aber, den wir in der Nähe der Antisozialdemokratischen Korrespondenz vermuten, will aus „allerersiter sozialdemokratischer Quelle“ — die ihm natürlich ihr Vertrauen geschenkt hat! — erspioniert haben, daß die preußische Sozialdemokratie am 14. Januar ein Flugblatt verbreiten und am 21. Januar viele hundert Massenversammlungen abhalten will, in denen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Landtag gefordert wird. Eine solche Massenaktion ist natürlich der Reaktion und den „ruhigen, ordnungsliebenden“ Bürgern etwas höchst Unangenehmes und soll es auch sein. Um aber seine Leser recht kräftig grusseln zu machen, fügt der „aus allerersiter sozialdemokratischer Quelle“ Schöpfende noch allerlei wirres Zeug über anarchistische Elemente hinzu, die „mit von der Partie“ sind und „aus deren Kreisen sehr bemerkenswerte Tatsachen verlauten, welche die enorme Gefährlichkeit der ganzen Bewegung genügend illustrieren.“ Diese Anarchisten haben, immer nach dem Scharfmacherjournalisten, Bebel angesonnen, in einer Massenversammlung eine Rede für den Generalstreik zu halten (!!!), aber Bebel habe mit der Begründung abgelehnt, er werde im Reichstage den Generalstreik zur Sprache bringen; im übrigen, so fügte er hinzu, werde aber die Ausführung desselben mit den Parteifunktionären verhandelt. Und moralisch entrüstet setzt der Enthüller dieser schwarzen Pläne hinzu:

„. . . Also so weit sind wir schon in Deutschland, daß die Parteifunktionäre allen Ernstes sich mit einem Gegenstand beschäftigen, der das wirtschaftliche Leben Deutschlands vollständig unterbinden würde.“

Der Abgrund sozialdemokratischer Verworfenheit ist damit aber noch nicht erreicht. Es wird weiter enthüllt, zwar in sehr unklaren Andeutungen, aber um so effektvoller und grusliger, daß die Sache noch eine viel ernstere Gestalt gewinne durch die Gelüste der deutschen Sozialdemokratie, den Einmarsch preußischer Bataillone in Russisch-Polen zur Unterdrückung der Revolution durch einen Generalstreik zu verhindern! Der Parteivorstand sei zwar in einer langen und ausgedehnten Sitzung noch zu keinem Resultat gelangt, aber . . . Und all diese schwarzen Umstürzlerpläne, von denen jeder eine Revolution für sich, veranlassen den „aus allerersiter sozialdemokratischer Quelle“ Gespeisten, folgende gräßliche Perspektive aufzurollen:

„. . . In den Versammlungen am Sonntag, 21. Januar, die für eine Massendemonstration allergrößten Stils bestimmt sind, werden sich sicherlich viele Tausende zusammendrängen; die Führer werden wohl nicht auf der Straße demonstrieren, aber wer bürgt dafür, daß dies nicht seitens der Massen geschieht, die von Bier und Schnaps noch erregter geworden sind. Der Tag der Einleitung der russischen Revolutionskämpfe in Petersburg fällt unendlich nahe mit diesen Demonstrationsversammlungen zusammen.“

Ganz folgerichtig kommt der journalistische Scharfmacher so zu der Forderung:

„Das sind sehr ernste Erwägungen; wir glauben, daß unsere Behörden es nicht verantworten können, wenn sie diese Versammlungen gestatten. Ein rechtzeitiges Verbot dieser Demonstrationsversammlungen würde die gesamte Bürgerschaft mit Freude begrüßen. In Leipzig hat man bekanntlich zu diesem Mittel bereits gegriffen. Hier heißt es für die Behörden: Caveant consules!“

Das ist des Pudels Kern: Versammlungsverbote! Dem Proletariat Preußens soll der Mund gestopft werden, damit es nicht seinen Protest gegen das Dreiklassenunrecht in die Welt hinausschreien kann! Daß die Polizei in Preußen gar nicht das Recht hat, Versammlungen zu verbieten, da das Versammlungsrecht nicht ganz so miserabel ist wie in Sachsen, das geniert natürlich den journalistischen Scharfmacher nicht, wie es ja auch bislang schon die preußische Polizei nicht gehindert hat, unter Berufung auf verschimmelte Landrechtsparagraphen, die durch das Vereins- und Versammlungsgesetz längst beseitigt sind, Versammlungen zu verbieten. Was Staatsbürgerrechte, wo es sich ums Proletariat handelt! Wo es sich um die bedrohte Ordnung handelt!

Vorläufig nehmen wir noch an, daß sich die preußischen Behörden hüten werden, die Aktion der preußischen Genossen durch Versammlungsverbote zu unterstützen. Wenn sie allerdings wünschen sollten, daß die Bewegung Formen annimmt, die den Herrschenden wenig passen werden, wenn sie zum Massenstreik treiben wollen, dann sollen sie den Rat des journalistischen Scharfmachers befolgen!

Ein verschwundener Reichstagsbeschluß. Die Bundesratsentscheidungen auf Reichstagsbeschlüsse sind in diesen Tagen den Reichstagsabgeordneten zugegangen. Sonderbarerweise fehlt in diesem Aktenstück irgend eine Notiz über den Toleranzantrag, dessen erster Teil am 2. Juni 1902 mit 160 gegen 60 Stimmen angenommen worden ist und über den es in der Uebersicht über die Bundesratsentschließungen vom 21. Januar 1904 geheißen hatte, daß die Beschlußfassung noch ausstehe, während die neue Uebersicht über den Antrag völlig schweigt. Mit Recht bemerkt hierzu die „Köln. Volksztg.“: „Wir können uns nur zwei Erklärungen geben: entweder hat man diesen Reichstagsbeschluß vollständig vergessen oder man will keine Antwort geben. Die Vergeßlichkeit wäre allerdings um so auffallender, als eine einfache Vergleichung mit der letzten Zusammenstellung diese Lücke gezeigt hätte und als der Reichstag sich noch in diesem Jahre mit der Frage sehr eingehend befaßt hat. Ist diese amtliche Denkschrift mit einer sonst unerhörten Oberflächlichkeit bearbeitet worden. Jedenfalls tut eine sofortige amtliche Aufklärung not. Anders ist es, wenn man diesen Reichstagsbeschluß absichtlich unter den Tisch fallen ließ. Der Bundesrat mußte jetzt eine Entscheidung treffen; 1904 konnte er allenfalls noch sagen, daß er nicht genügend Zeit gefunden habe, um sich mit dem Reichstagsbeschluß zu beschäftigen, obwohl damals schon anderthalb Jahre verstrichen waren. Jetzt sind seit dem 5. Juni 1902 dreieinhalb Jahre verflossen und nun mußte eine Antwort erfolgen. Wenn der Bundesrat dem Gesetzentwurf zugestimmt hat, so muß dieser in den nächsten Tagen im „Reichsgesetzblatt“ erscheinen. Hat der Bundesrat den Entwurf abgelehnt, warum teilt er dies nicht ebenso offen mit wie in anderen Fragen?“ — Wenn die „hohen“ Herren im Bundesrat glauben, über ihm nicht genehme Beschlüsse der Reichstages mit Stillschweigen hinweggehen zu können, so ist das eine Verachtung des Reichstages, wie sie ärger gar nicht gedacht werden kann. Die einzigst richtige Antwort auf ein solches Verhalten wäre, daß der Reichstag auch einmal Bundesratsbeschlüsse nach dem Muster dieser Körperschaft zu beraten „vergißt“.

Für das südwestafrikanische Kolonialabenteuer sind in 20 Monaten zusammen 174,7 Millionen Mark verausgabt worden. Die Sandwüste kostet also dem deutschen Steuerzahler während des Krieges **monatlich fast neun Millionen Mark.** — Wenn dieses Geld für Kulturzwecke aufgewendet wäre, wieviel Segen hätte es dann dem deutschen Volke bringen können.

Wie man die Arbeiter politisch entrechtet, das zeigt sich wieder im Großherzogtum Sachsen-Weimar. Kahlaer Arbeiter, die sich um die Erlangung des Staatsbürgerrechts bemühten, wurden, wie berichtet wird, mit ihrem Gesuch abgewiesen, und als Grund gab der Bezirksdirektor an, daß der Aufnahme in den Staatsverband deshalb nicht stattgegeben werden könne, „weil bei einem Einkommen von jährlich 800 Mk. und der aus sechs Köpfen bestehenden Familie des Gesuchstellers der Verdacht vorliegt, daß die betreffende Familie der Gemeinde Kahla beziehungsweise dem Staate zur Last fällt.“

Eine Strafpredigt. Der Südwestafrik. Ztg.“ zufolge stattete der neue Gouverneur v. Lindequist nach seiner Ankunft in Swakopmund der dort angelegten Hererowerft einen Besuch ab und hielt dabei an die mehrere hundert Gefangenen eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte: „Ich bin kein Unbekannter unter Euch; mancher von Euch hat mich schon früher in Windhuk kennen gelernt. Der Aufstand hat mich mit Schmerz erfüllt. Ihr hattet keine Ursache dazu, denn Ihr habt in Leutwein einen gerechten Richter gehabt. Es ist Eure eigene Schuld, daß Euer Volk in's Elend gekommen ist. Ich bin aber gekommen, **Euch nicht immer als Gefangene zu behandeln;** Ihr sollt wieder frei werden außer den Mördern an den Farmern und Händlern. Ich kann Euer Los nicht eher erleichtern, als bis der Widerstand der übrigen Volksgenossen aufgehört hat. Habt Ihr Gelegenheit, so schickt ihnen eine Botschaft daß sie sich ergeben. Eine gerechte Behandlung ist ihnen zugesichert. Je eher sie sich stellen, desto eher wird Eure Gefangenschaft beendet sein.“ — Auf die Frage, ob sie zugäben, daß der Krieg grundlos angefangen sei, antworteten die Gefangenen: „Ja, wir wissen es.“ — Wir sind zwar der Meinung, daß man die Gefangenen nicht mit solchen, zum Teil nicht einmal zutreffenden Redensarten traktieren sollte. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß der Ton Lindequists ganz bedeutend abweicht von dem Tone der „Erlasse“ des „großen“ Feldherrn Trotha!

Moderne Zwangsfolter. Ueber den früheren sozialdemokratischen Stadtverordneten Genossen Schumann in Bielefeld wurde die Zeugniszwangshaft verhängt. Schumann weigerte sich, in einem Beleidigungsprozeß gegen einen Polizeikommissar auszusagen, da ihm die fragliche Mitteilung in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter gemacht ist.

Politik und Geschäft. In Berlin wurde kürzlich anstelle des verstorbenen Dr. W. Hesse von den Freisinnigen Dr. Gerschel als Landtagsabgeordneter gewählt. Politisch war bisher Dr. Gerschel eine völlig unbekannte Persönlichkeit und man wunderte sich nicht nur, daß er von der freisinnigen Parteileitung auf den Schild erhoben wurde, sondern man [illegible] auch die Kandidatur. Sie fand aber in der „Freien deutschen Presse“ eine beredte Fürsprache. Jetzt erfährt man, daß die Kandidatur Gerschel einen sehr merkwürdigen Beigeschmack hat. Dr. Müller-Sagan, der Redakteur der „Freien deutschen Presse“, ist Aufsichtsratsmitglied der Aktiengesellschaft W. Hagelberg, deren Direktor Dr. Gerschel ist. Dr. Müller bekennt selbst, daß Dr. Gerschel ihm diese Ehrenstelle verschafft habe, es stehe aber dem die Behauptung gegenüber, daß er, Dr. Müller, sich in bezug auf das „graphische Gewerbe“ als Sachverständiger fühle. Die „Berl. Volksztg.“ bemerkt dazu: „Aus welchen Gründen Herr Dr. Gerschel Herrn Dr. Müller die Aufsichtsratsstelle verschafft hat, das hat uns, als wir uns aus Anlaß der Kandidatur Gerschel mit dem Aufsichtsrats- und Direktorenverhältnis der beiden beschäftigten, nicht im mindesten interessiert. Wir haben nur konstatiert, daß das Verhältnis besteht, und haben in Verbindung damit hervorgehoben, es herrsche unter den Wahlmännern des ersten Landtagswahlkreises [illegible], daß sich Herr Dr. Müller in der Befürwortung der Kandidatur Gerschel nicht jede erdenkbare Reserve auferlegt habe. Zu untersuchen, ob Herr Dr. Müller für die von ihm angenommenen Aufsichtsratsstellen sich als Sachverständiger fühle oder nicht, haben wir nicht den geringsten Anlaß, da wir als Aktionäre an den betreffenden Gesellschaften nicht beteiligt sind. Vor einigen Tagen hat jemand dem Abgeordneten Dr. Müller-Sagan eine Aufsichtsratsstelle in der Klosterbrauerei, Aktiengesellschaft, verschafft. Daß er sich auch auf dem Gebiete der Mälzerei, der Bierproduktion und des Bierverschleißes in der Umgegend von Halberstadt eine auf „langjähriger beruflicher Tätigkeit“ beruhende Sachverständigkeit erworben hat, zeigt in erfreulicher Weise, bis zu welcher Vielseitigkeit sich manche Parlamentarier als sachverständige Kenner der verschiedensten Branchen entwickeln können, wenn sie Gönner haben, von denen ihre Talente zu rechter Zeit entdeckt werden.“ — Das ist bitter, aber es wird wohl zutreffend sein. Wissen wir doch, daß bei vielen bürgerlichen Vertretern Politik und Geschäft Begriffe sind, die sie am liebsten mit einander vermengen.

„Das Beispiel Sachsens“ hält die „Deutsche Tageszeitung“ der preußischen Regierung vor. Sie nimmt Notiz von Gerüchten, wonach „die preußischen Genossen sehr bald das Beispiel der sächsischen sozialdemokratischen Straßendemonstranten nachahmen werden.“ Dann schreibt das Bündlerorgan weiter: „Daraus, daß der „Vorwärts“ kein Sterbenswörtchen zu den Gerüchten sagt, darf geschlossen werden, daß etwas daran sei. Die maßgebenden und verantwortlichen Stellen werden deshalb gut daran tun, wenn sie sich in aller Ruhe und Besonnenheit darauf einrichten. Wer die sozialdemokratische Presse verfolgt, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die Demonstrationen in Sachsen vollkommen bewußt und planmäßig als Vorproben inszeniert wurden. Deshalb ist auch die Haltung der sächsischen Regierung, der dortigen Behörden und Parteien von so eminenter und weitreichender Bedeutung. Sollte die Regierung oder die Kammermehrheit irgend etwas tun, das wie ein Rückzug, wie ein Zugeständnis an die Demonstranten aussähe, so würde das die Demonstrationslust in Preußen außerordentlich fördern. Man wird sich darum in Sachsen bewußt bleiben müssen, daß man in besonderem Maße die Verantwortung für die Entwicklung der Verhältnisse auch außerhalb Sachsens trägt. Wir wiederholen, daß jede Ueberstürzung, jede nicht in der Sache liegende Beschleunigung in der Lösung der Wahlrechtsfrage als ein Triumph der gesetzwidrigen Demonstrationen aufgefaßt werden müßte. Daran würde keine noch so künstliche Interpretation etwas ändern können.“ — So, nun wissen die Herren in der sächsischen Regierung, woran sie sind und was sie zu tun haben.

Wie germanisiert wird. Ein Erlaß ordnet die Verdeutschung von 97 Ortsnamen der Provinz Posen an, sodaß jetzt 200 polnische Orte deutsche Namen erhalten werden. — Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Altenburger Staatsweisheit. Im Landtag des Sachsen-Altenburger Landes kam es dieser Tage zu einer hochkomischen Szene. Es kam die vom Genossen Horn-Kahla eingebrachte Interpellation zur Beantwortung: „Welche Gründe sind der Regierung maßgebend gewesen, dem Wirte der Leuchtenburg die Bewirtung der Delegierten des Jenaer Parteitages zu untersagen?“ Nachdem Horn kurz seine Interpellation begründet hatte, erhob sich im Bewußtsein seiner Würde majestätisch Sachsen-Altenburgs wohlweiser Minister, mit Namen v. Borries, und gab folgende Erklärung ab:

> Ein Besitz des altenburgischen Staates dürfe nicht den Interessen des sozialdemokratischen Parteitages dienstbar gemacht werden; sintemalen die Sozialdemokratie international sei. Wo in der Welt ein Feind und Widersacher des Deutschen Reiches entstehe, dem nicke die sozialdemokratische Partei zu und sympathisiere mit ihm. Darin zeige sich der Unterschied zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der anderer Länder. Wohin man sonst blicke, überall stehe das internationale Interesse höher als das Parteiinteresse. Das sei das offizielle Gesicht der Sozialdemokratie, in der der Arbeiter das geringste Wort führe, wo es volksfremde Elemente, wie z. B. Rosa Luxemburg, die russische Jüdin (Abg. Käppler: Ist Preußin!) zu Macht und Ansehen gebracht hätten. „Ob es Rosa Luxemburg gelungen ist, die preußische Staatsangehörigkeit in letzter Zeit zu erhalten, weiß ich nicht, sollte es der Fall sein, so wäre es nur zu beklagen. Wir sehen wie die offiziellen Vertreter der Sozialdemokratie die Zwangsjacke über die deutschen Arbeiter ziehen, und es ist wunderbar, daß sie es sich gefallen lassen, und das in dem Staate, der die besten Wohlfahrtseinrichtungen hat.“

Also sprach er und setzte sich — und im Kreise ringsum blieb's stumm, denn jeder fühlte die große historische Bedeutung dieses Moments. Der „Simplicissimus“ sollte sich dieses hübsche Motiv für eine Illustration nicht entgehen lassen — vielleicht mit Oxenstiernas bekanntem Ausspruch als Motto.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahl des neuen Präsidenten der französischen Republik erfolgt am 16. Januar. — Von einem Wechsel der italienischen Regierung wird berichtet. Das Ministerium Giolitti ist zurückgetreten und Fortis hat ein neues Kabinett gebildet. Unter den neuen Ministern befindet sich auch der Abg. de Marinis, der als angeblicher Sozialdemokrat in Neapel in die Kammer gewählt wurde. Bald darauf sattelte er um. Und jetzt ist er Minister! — Der Londoner Grafschaftsrat beabsichtigt die Einberufung eines internationalen Kongresses der Hauptstädte zur Erörterung von Fragen gemeinsamen Interesses.

Rußland.

Die Straßenschlacht in Moskau, die nach offiziösen Meldungen bekanntlich mit einem Siege der Regierungstruppen geendet haben sollte, ist überhaupt noch nicht zum Abschluß gelangt. **Der Kampf dauert noch immer fort. Zum Teil macht das Militär gemeinsame Sache mit den Revolutionären.** Die Zahl der Toten und Verwundeten ist eine enorme; man spricht **von 8000 Toten und 10000 Verwundeten.**

Weiterhin versucht die offiziöse Sippschaft, der Welt glauben zu machen, daß der Streik allenthalben beendet sei. Das ist nicht wahr. In Petersburg alleine streiken noch 48000 Arbeiter. Die Züge werden unter militärischer Bedeckung geführt. — In Odessa brach der Ausstand wieder aus. Selbst die Apotheken sind ausständig. Im Hafen ruht die Arbeit. Die Dampfer stellen die Fahrten ein; die Güterzüge gehen nicht ab, Personenzüge verkehren bis Schmerinki. Die Hafenarbeiter beschlossen, die Bevölkerung im Falle von Unruhen zu schützen. Auf der Station Kasatin kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Truppen. Sechs Bahnangestellte wurden getötet, etwa 15 verwundet. — In Saratow dauern die Verhaftungen fort. — In Charkow begann der allgemeine Ausstand.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß das Fortlügen des Streiks nur dem einen Zwecke dienen soll, in Westeuropa Stimmung für eine neue russische Anleihe zu machen. Das Geld ist in Petersburg nämlich schon wieder alle geworden. Deshalb das Schwindelmanöver!

Wie „Daily Expreß“ meldet, hat die russische revolutionäre Partei eine formelle Note an den Kaiser von Rußland gelangen lassen, in der ihm mitgeteilt wird, daß er nicht mehr Alleinherrscher in Rußland sei. Drei Abschriften dieser Note wurden auf drei verschiedenen Wegen abgesandt, um sich zu sichern, daß der Zar wenigstens eine davon bekommen werde. In der Tat fand der Zar eine Abschrift der Note in seinem Arbeitszimmer und war darüber sehr empört. Die Note setzt auseinander, daß der Zar nur noch dem Namen nach Herrscher von Rußland sei. Die Revolutionäre fügen hinzu, sie wollten dem Zaren und der kaiserlichen Familie keinen Schaden zufügen, dagegen wären sie nicht in der Lage, zu versprechen, daß im Laufe der Wirren den kaiserlichen Herrschaften nichts geschehen werde. Nachdem der Zar die Mitteilung der Revolutionäre erhalten hatte, machte er dem Ministerpräsidenten Grafen Witte bittere Vorwürfe wegen des Mißerfolges seiner Politik. Der Zar sagte, er habe Witte zum Ministerpräsidenten ernannt, weil er angeblich der einzige Mann sei, Rußland zu retten. „Doch haben Sie die Rettung nicht vollzogen,“ schloß der Zar heftig. Eine heftige Szene folgte. Graf Witte sagte: „Majestät, ich kann die Dynastie nicht mehr retten. Ich fürchte, daß ich das Volk auch nicht mehr retten kann.“ Darauf verließ Witte hastig das Zimmer. — Die Meldung klingt ziemlich unglaubwürdig!

Ein „Muster“-Wahlrecht ist das Wahlrecht zur Reichsduma, das durch einen kaiserlichen Ukas folgenden Kategorien gewährt ist: 1. Den Besitzern von Immobilien, die der Besteuerung unterworfen sind, sofern sie mindestens ein Jahr im Besitze derselben waren. 2. Den Eigentümern von industriellen Unternehmungen, die der Besteuerung unterliegen. 3. Personen, die Wohnungssteuer bezahlen. 4. Personen, die Gewerbesteuer bezahlen. 5. Personen, die eine Wohnung auf eigenen Namen haben. 6 Personen, die Gehalt vom Staat, Semstwos, Gemeindebehörden oder Eisenbahnen beziehen. Diese Personen haben auch an den Konferenzen der städtischen Wähler teilzunehmen. Arbeiter von Fabriken, deren Gesamtarbeiterzahl nicht weniger als 50 beträgt, haben Beauftragte in die Wahlversammlungen zu entsenden, und zwar entsenden Arbeiter von Fabriken, die wenigstens 50 und bis 1000 Arbeiter beschäftigen, einen Beauftragten, Arbeiter von Fabriken, welche über 1000 Arbeiter beschäftigen, einen Beauftragten auf je 1000 Arbeiter. Die eigentlichen Wähler werden von den Beauftragten gewählt. — Die erste Sitzung der Duma kann eröffnet werden, nachdem der Senat die Liste veröffentlicht haben wird, welche zum mindesten die Hälfte der Gesamtzahl der Mitglieder der Duma enthält. Der Kaiser ordnete die Beschleunigung der Wahlen an, sowie daß der Minister des Innern Maßnahmen ergreife, damit die Duma sich so rasch wie möglich versammeln könne und daß dieselbe die Sonderinstruktionen für die Ergänzungswahllisten bekannt gebe. — Dieses „Wahlrecht“ wird sicherlich nicht zur Beruhigung der erregten Volkskreise beitragen. Im Gegenteil! Es wird der Revolution neuen Zündstoff liefern.

Auf Beschluß des Ministerrates sind den Juden Erleichterungen gewährt worden.

Unter den von der Polizei in Petersburg verhafteten Arbeiter-Delegierten sollen sich, wie der „Daily Telegraph“ meldet, u. a. befinden: Vera Sassulitsch, die beinahe ein Vierteljahrhundert im Auslande zubringen mußte, ferner Burtzew, Plechanow und Tschernow, der letztere einer der glänzendsten Redner der Partei.

Unter den verhafteten Mitarbeitern des Warschauer polnischen Sozialistenblattes „Kurjier Codzieny“ befinden sich die Genossin Golde, die schon einmal Totgesagte, und Genosse Haase, der auch in Deutschland bekannt ist.

Die Sozialdemokratie Finnlands sendet dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie folgenden Brief: Die sozialdemokratische Partei in Finnland sendet hiermit den Parteigenossen aller Länder ihren Gruß. Dem politisch gebildeten Publikum kann es nicht unbekannt sein, daß trotz aller Reklamationen von seiten der oberen Klassen eine tiefe Spaltung unter dem Volke Finnlands herrscht. Dieselbe droht sogar die Bestrebungen für die Eroberung der politischen Freiheiten, für die alle Kräfte hätten zusammenwirken sollen, fruchtlos zu machen. Nicht nur, daß der Kapitalismus jeden Tag bedrohlicher wird und die in Lohnsklaverei und Arbeitslosigkeit schmachtenden Arbeiter immer mehr bedrückt, auch herrscht die größte politische Unterdrückung, die nur in einem Lande denkbar und auch natürlich ist, wo die überwiegende Mehrheit des Volkes nicht mittels einer zuverlässigen Majorität einer wirklichen Volksvertretung ihrem Willen Ausdruck geben kann. Die Unzufriedenheit mit diesen unerträglichen Zuständen hat sich während der letzten Jahre in immer gewaltigeren Demonstrationen Ausdruck zu verschaffen gewußt. Als letzten Frühling der Landtag Finnlands, eine in miserabelster Weise zusammengesetzte Vierkammerrepräsentation, sich weigerte, das allgemeine Stimmrecht zu den Bürger- und Bauernständen anzuerkennen, drohten die Demonstrationen in offenen Tumult überzugehen, was nur dank der festen Haltung der Arbeiterorganisationen verhindert wurde. Die letzten Ereignisse in Rußland haben unterdessen unsere politische Entwicklung bedeutend beschleunigt und im Laufe des im Oktober durchgeführten Generalstreiks

wurde gleichzeitig vielfach die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung gefordert. Die Intriguen der herrschenden Klasse und der Mangel an Solidarität verhinderten jedoch die Verwirklichung dieser Forderung, aber dann kam das famose Zarenmanifest vom November, das wieder die Frage des allgemeinen gleichen direkten Stimmrechts auf die Tagesordnung setzte. Nachdem ist auch kein Vorschlag gegen das Prinzip des allgemeinen Stimmrechts hervorgetreten und die herrschenden Parteien haben sämtlich in großen Parteiversammlungen mit überwiegender Majorität sich für das Einkammersystem erklärt. Aber trotzdem kann man beunruhigende Symptome bemerken, besonders innerhalb der altschwedischen Fraktion, welche durch große, reiche Stimmberechtigte einen entscheidenden Einfluß ausübt bei der Zusammensetzung des Adels- und Bürgerstandes, teilweise auch des Priester- und Bauernstandes. Immer deutlicher läßt man uns verstehen, daß die herrschende Klasse die Absicht hat, durch das Zweikammersystem eine Schutzmauer für ihre Klassenprivilegien zu reihen, wodurch unsere proletarischen Interessen und demokratischen Fortschrittsreformen natürlich in empfindlichster Weise beeinträchtigt würden. Um das Volk aus dieser drohenden Gefahr zu retten, bereitet sich die sozialdemokratische Partei vor, einen neuen Generalstreik zu proklamieren in dem Augenblick, da diese Lebensfrage unseres Volkes wieder durch Verschulden des Klassenparlaments im volksfeindlichen Sinne entschieden werden sollte. Im Vertrauen darauf, daß die Mitglieder der internationalen sozialdemokratischen Organisationen in allen Ländern verstehen werden, daß wir uns auf eine vollständig programmäßige und unvermeidliche Kraftanstrengung vorbereiten, wendet sich die finnische Parteivertretung hiermit an das internationale Sekretariat, in der Hoffnung, daß wir durch Vermittlung desselben Unterstützung für eine vielleicht bald erforderliche, berechtigte Anstrengung erhalten, damit Finnlands Proletariat die elementarsten Freiheiten und politischen Rechte bekommt und dann besser ausgerüstet sich mit der großen internationalen Armee der Sozialdemokratie zu weiteren Kämpfen vereinigen kann. Helsingfors, 13. Dezember 1905. Emil Perttilai, August Nissanen, Schriftführer. Yrio E. Sirola, Parteisekretär.

Bulgarien.

Ein politischer Massenstreik. Infolge des neuen Zunftzwangsgesetzes sind in Sofia Arbeiter aller Kategorien in den Ausstand getreten. Die Sozialdemokratie veranstaltete vor der Sobranje eine Massendemonstration, die aber ohne Ruhestörung verlief.

Niederlande.

Unter sozialdemokratischem Drang sieht sich die niederländische Regierung gezwungen, eine provisorische Verstärkung der Geldmittel durch direkte Steuern zu versuchen, während die vorige Regierung vornehmlich — nach bekanntem Brauch — noch die indirekten Steuern berücksichtigte. Der Finanzminister beantragte eine Erhöhung von 10 Proz. auf die Vermögens- und Betriebssteuern zu legen. Ein sozialdemokratisches Amendement: keine Erhöhung der Betriebssteuer, aber eine Erhöhung von 20 Proz. auf die Vermögenssteuern zu legen, wurde mit 85 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Finanzministers wurde dann mit 49 gegen 44 Stimmen angenommen. Die ganze Rechte stimmte dagegen, die ganze Linke dafür.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 28. Dezember.

Zuzug von Schlachtern nach Kiel ist dringend fernzuhalten, da die dortigen Gesellen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit von ihren Meistern ausgesperrt worden sind.

Zuzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Auf den Bauernfang geht — wie am Schlusse eines jeden Quartals — der „Unparteiische" in der Königstraße wieder einmal aus. In seiner Abonnementseinladung versichert er zunächst, daß er seinem alten bewährten „Programm" treu geblieben ist. Daran soll unsererseits nicht gezweifelt werden, denn auch im verflossenen Quartal, wie früher, hat er unter dem Deckmantel der Unparteilichkeit nach Kräften die Interessen der Unternehmer vertreten. Nicht nur im redaktionellen, sondern auch im Inseratenteil, in dem alle möglichen Arbeitswilligengesuche zu finden waren. Wenn dies das Programm des „G.-A." ist, so dürfte das genügen, um jeden Arbeiter, dessen Interessen doch wohl auf einem ganz andern Gebiete liegen, vom Abonnement dieses Blattes abzuhalten. Weiter heißt es in der Abonnementseinladung, daß der „G.-A." für die „Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes" eintritt. Inwieweit dies wahr ist, mag man daraus ersehen, daß bei der Verschlechterung des in Lübeck bestehenden Bürgerschaftswahlrechts der angeblich „Unparteiische" auf Seiten derjenigen zu finden war, die dem arbeitenden Volke sein Recht verkümmerten und eine winzige Anzahl von Mandaten als genügend für die Arbeiterschaft bezeichnete. Auch im sogenannten politischen Teile des Blattes bemerkt man die „Unparteilichkeit" daran, daß z. B. in den Reichstagsberichten die Ausführungen sozialdemokratischer Redner häufig entweder so kurz wiedergegeben werden, daß man sich von dem wirklich Gesagten überhaupt kein zutreffendes Bild machen kann, oder daß man Reden unserer Genossen ganz unterschlägt, wie das auch schon vorgekommen ist. Leider gibt es noch immer Arbeiter genug, die sich von der sogenannten „Unparteilichkeit" der General-Anzeiger-Presse bestechen lassen und ein Blatt halten, das sie bei jeder Gelegenheit in mehr oder weniger versteckter Form bekämpft oder ihre Interessen mit Füßen tritt. Ein ehrlicher Gegner ist immer noch sympathischer wie ein falscher Freund. Daß ein sogenanntes unparteiisches Blatt auf die Denkfaulheit seiner Leser spekuliert und sie gewissermaßen zur Denkfaulheit erzieht, ist eine Tatsache, die auch von bürgerlicher Seite schon häufig konstatiert worden ist. Ein jeder vernünftiger Mensch müßte eigentlich ganz selbstverständlich in erster Linie die Zeitung abonnieren, die seine Interessen mit Nachdruck vertritt. Wenn deshalb der Bourgeois den „G.-A." hält, so ist das verständlich und erklärlich. Ein Arbeiter aber hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sein Blatt nicht nur zu lesen, sondern auch zu bezahlen. Wie häufig kommt es vor, daß Leute, deren Lektüre einzig der „G.-A." bildet, in unsere Redaktion kommen, wenn sie gegen Mißstände usw. Klagen zu führen haben. Dann wissen sie genau, daß es in Lübeck nur ein Blatt gibt, welches unbekümmert um alle Anfeindungen den Arbeiterstandpunkt vertritt, den „Volksbote." Darum muß jeder Arbeiter, jeder fortgeschrittene Mann, der ein freies Wort liebt und hören will, nicht fälschlicherweise sich als unparteiisch bezeichnende Zeitungen halten, sondern das Organ der werktätigen Bevölkerung, den „Lübecker Volksbote." Je größer unsere Abonnenten- und Leserzahl ist, umso wirksamer werden wir die Interessen der Arbeiterschaft vertreten können.

Die Verlegung der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft von hier nach auswärts soll immer noch in Aussicht stehen. Zur Zeit schweben zwar noch Verhandlungen zwischen den Behörden und der Leitung der Gesellschaft über den beabsichtigten Grunderwerb, doch läßt man gelegentlich Gerüchte in die Oeffentlichkeit dringen, wonach das Werk nach Danzig verlegt wird, da die Verhandlungen bisher kein befriedigendes Ergebnis für die Gesellschaft gehabt hätten. Ob es sich hierbei um ein Manöver handelt, durch welches eine größere Nachgiebigkeit gegenüber den Wünschen der Maschinenbau-Gesellschaft erzielt werden soll, läßt sich allerdings schwer feststellen.

Glückwünsche zum Jahreswechsel werden in den nächsten Tagen wieder zahlreich zur Versendung mit der Post gelangen. Manche solcher Sendungen kosten Strafporto. Wir wollen deshalb einige Bestimmungen über die Beförderung von Drucksachen mit der Post nochmals in Erinnerung bringen. Besonders erwähnenswert ist, daß auf gedruckten Visitenkarten, die als Drucksachen befördert werden sollen, handschriftlich mit höchstens fünf Worten oder durch die gebräuchlichen Anfangsbuchstaben gute Wünsche oder Höflichkeitsformen zum Ausdruck gebracht werden können, z. B. „zum Christfest senden viele Grüße". Nicht aber sind solche handschriftliche Angaben auf anderen Karten, etwa Ansichtspostkarten, zulässig. Auf den derart verwerteten gedruckten Visitenkarten darf auch nicht etwa handschriftlich hinzugesetzt werden „und Frau" oder „und Familie" usw. Bei Versendung von Ansichtskarten gegen das Drucksachenporto — die Karte darf in solchem Falle die Aufschrift „Postkarte" nicht tragen — ist folgender handschriftliche Zusatz statthaft: Angabe des Tages der Absendung, der Unterschrift oder Firma sowie des Standes, Wohnorts und Wohnung des Absenders.

Handelsregister. Am 27. Dezember 1905 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Liquidation Schlick u. Eckmann in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Die Markthalle ist am Sonnabend, den 30. d. Mts., den ganzen Tag bis 9 Uhr abends und am Sonntag, den 31. d. Mts. von 11 bis 8 Uhr geöffnet.

Konkurseröffnung. Ueber das Vermögen der Kauffrau Katharina Marie Alexandrine Jacobsohn geb. Stamer in Lübeck, Holstenstraße 16, ist am 27. Dezember 1905, nachm. 12 Uhr 35 Min., das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. E. Brehmer wurde zum Konkursverwalter ernannt.

In das Fenster der Restauration der Wwe. Siebels in der Johannisstraße geriet heute morgen ein Wagen des Fuhrwerksbesitzers Longuet. Natürlich wurden dabei die großen Spiegelscheiben zertrümmert.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: „Mignon" wird Freitag wiederholt. Der grandiose Erfolg, den die Oper am zweiten Weihnachtsfeiertage hatte, wird der Oper sicherlich treu bleiben und auch seine Anziehungskraft ausüben. — Sonnabend und Sonntag nachmittag wird die Weihnachtsmärchen-Vorstellung wiederholt; „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging" mit der neuen Ausstattung bildet es nach wie vor das Entzücken der kleinen Welt, auch Erwachsenen ist der Besuch wärmstens zu empfehlen. — Am Sonntag wird eine große Silvester-Feier arrangiert.

pb. **Diebstahl.** In der Nacht vom 26./27. ds. Mts. wurde mittels Einbruchs aus einem Ladengeschäft an der Fackenburger Allee mehrere Kisten Zigarren, eine Anzahl Feudel, mehrere Tafeln Chokolade und eine Anzahl Gummibälle gestohlen. Der Inhaber des Geschäfts befindet sich im Konkurs, weshalb das Geschäft geschlossen und ohne besondere Aussicht ist.

z. **Schwartau.** Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gasthof Transvaal statt. Genossen, erscheint zahlreich!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In einem Anfall von Geistesstörung erhängte sich in Kiel der Obermaat W. — Der Fischdampfer „Paul" ist im Nebel in der Nordsee bei Wremen mit dem Lotsenschoner „Bremerhaven" in Kollision gewesen. Der Lotsenschoner trug erhebliche Beschädigungen an der Reeling und den Wanten davon und mußte durch den Fischdampfer eingeschleppt werden. — Die englische Bark „J. H. Martens", von Carabelle nach Bremen, ist zwischen Wangeroog und Spiekeroog gestrandet. Die Stationen Wangeroog und Carolinensiel sandten ihre Rettungsboote nach der Unfallstelle. Am Abend wurde die neun Mann starke Besatzung auf Wangeroog gelandet. Das Schiff gilt als verloren.

Hamburg. Zum Wahlrechtsraub schreibt unser Hamburger Parteiorgan am Schlusse seines ersten kritischen Artikels: „Nur der höchste politische Unverstand kann glauben, damit die Emanzipation der Arbeiterklasse verhindern, sie für immer zur Rolle politischer Bedeutungslosigkeit verdammen zu können. Das Recht der Arbeit bleibt bestehen, auch wenn man es mit Gewalt beschränkt. Der soziale Aufstieg der Arbeiterklasse wird sich auch solch kleinlich reaktionären Machenschaften zum Trotz vollziehen. Soll er aber in friedlicher Weise vor sich gehen, nicht unter konvulsivischen Stößen, so muß der Arbeiterschaft die Bahn freigehalten werden, auf der sie sich vorwärts ringen kann. In einem Kleinstaat wie Hamburg wird die soziale Frage nicht gelöst; das wird vollständig nicht einmal in einer nationalen Gemeinschaft geschehen können, sondern auch der Regelung der internationalen Beziehungen bedürfen. In einem Kleinstaate werden auch Sozialdemokraten keine umstürzlerischen Experimente machen können, selbst wenn sie so unverständig wären, es zu versuchen. Das sind sie ja glücklicherweise nicht. Aber eine verständige Politik im Interesse des Gemeinwohls würden sie treiben an Stelle der heutigen Geschäftemacher-Politik der Besitzenden und die soziale Hebung der Arbeiterklasse in jeder Richtung fördern. — Die bürgerliche „Frankf. Ztg." bemerkt: „Verlohnt es wirklich der Mühe, an so fadenscheinigen Begründungen eine sachliche Kritik zu üben? Wir meinen, wenn in dem Jahre der russischen Revolution und der Verheißung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts in Oesterreich eine Aenderung des Wahlrechts in einem Staatswesen mit einer intellektuell und moralisch so hochstehenden Arbeiterschaft wie der Hamburgischen am Platze ist, so müßte ihr Ziel eine vermehrte und nicht verminderte Anteilnahme der Arbeiterschaft an den staatlichen Dingen sein! Was jetzt vorgeschlagen wird, ist trotz aller spitzfindigen Ausdeutungskünste der Mehrheit ein Wahlrechtsraub, weil es vorhandene Rechte zahlreicher Wähler verkürzt. Zugleich enthalten aber die Vorschläge in ihrer Gruppierung der Verhältniswahl ein solches Durcheinander, daß wir stark zweifeln, ob auch nur der Ausschuß selbst sie richtig verstanden hat. Erst Scheidung der Wähler für die allgemeinen Wahlen in zwei Gruppen, solche mit Einkommen bis zu 2500 Mark und solche darüber, von denen die letztere doppelt so viel Vertreter wählen soll als die erste. Dann Abgabe der Stimmzettel für jede Gruppe besonders; diese Zettel sollen aber weniger Namen enthalten, als im Ganzen und auch für die Gruppe mit der größeren Vertreterzahl allein zu wählen sind. Schließlich aber sollen bei der Bestimmung der Personen die Stimmzettel beider Gruppen zusammengezählt werden. Das würde in der Praxis einen unglaublichen Wirrwarr abgeben, bei dem keiner mehr sich in den Wahlen zurechtfinden würde.

Hamburg. An Pest verstorbene Ratten. Auf dem von Rosario am 21. ds. Mts. hier eingetroffenen Dampfer „Karthago" sind Ratten gefunden, welche, wie die Untersuchung jetzt ergeben hat, mit Pest behaftet sind. Das Schiff ist einer Ausgasung mit dem Rattentötungsapparat unterzogen; alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, Menschen sind nicht erkrankt. Die Löschung des Schiffes wird unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln gestattet werden.

Altona. Todessturz. Am Tage vor Weihnachten verlor die Frau eines in der Gefionstraße 6 wohnenden Postassistenten beim Fensterputzen den Halt und stürzte auf die Straße hinab. Sie wurde sofort in die Wohnung getragen und ärztliche Hülfe wurde herbeigeholt, doch nützte alles nichts. Ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein, gab sie nach einigen Stunden ihren Geist auf. — Zu Tode getanzt. Bei der Weihnachtsfeier in einer Familie in Dockenhuden wurde auch das Tanzbein geschwungen. Ein Herr aus Oporto, der zu Besuch anwesend war und sich an dem Tanz beteiligte, fiel plötzlich zu Boden und war alsbald eine Leiche. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Neumünster. „Pod". In Neumünster verfiel vor einiger Zeit eine Volksversammlung, die sich mit der Fleischnot beschäftigte, der polizeilichen Auflösung, weil der Redner, Genosse Paul Hoffmann aus Hamburg, den viersilbigen polnischen Namen des preußischen Landwirtschaftsministers in seiner populären Abkürzung gebraucht hatte. Beim zweiten „Pod" des Redners stülpte der Ueberwachende den Helm auf den Kopf und löste die Versammlung „up". Leider vergaß die Polizei, auch die Fleischnot „aufzulösen", und so kam es, daß sich am Mittwochabend voriger Woche in einer Volksversammlung in Neumünster die Rednerin, Genossin Zietz, wieder mit dem Minister für Fleischnot beschäftigen mußte. Als auch dieses Mal der Mann mit dem Schlachzizennamen heimtückischerweise zum seine drei überflüssigen Silben geprellt werden sollte, löste die Polizei, für deren populäre Bezeichnung man hier an der „Waterkant" gleichfalls nur eine Silbe in Anspruch nimmt, die Versammlung wieder auf. Die Versammelten hatten Verständnis für die Drastik der Situation und quittierten für die Auflösungsankündigung durch ein a tempo einsetzendes homerisches Gelächter. Da man aber nicht einsieht, warum ausgerechnet in Neumünster eine Bezeichnung, die aus Bequemlichkeitsrücksichten sich längst überall eingebürgert hat, polizeiwidrig sein soll, so wird zum Protest gegen den Eifer der Polizei am Freitag eine Volksversammlung stattfinden, und zwar mit derselben Rednerin und einem einleitenden Vortrag über den politischen Massenstreik.

Flensburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am zweiten Weihnachtstag abends in Damendorf. Der aus Osterby stammende 75jährige Altenteiler Ströh wollte mit seinem dreijährigen Enkel, Sohn des Schmiedemeisters Ströh, von Damendorf nach Osterby zurückkehren. Beim Einsteigen entfiel ihm das Kind und geriet unter die Räder des Zuges. Auch der alte Mann kam unter den Wagen. Großvater und Enkel wurden auf der Stelle getötet.

Rostock. Mecklenburg in Deutschland voran! Es gibt im Deutschen Reich 59 348 Volksschulen und 8 924 779 Schüler der öffentlichen Volksschulen, 124 027 Lehrer und 22 513 Lehrerinnen. Im Mittel entfallen also auf eine Lehrkraft rund 60 Schüler. In Mecklenburg-Schwerin dagegen 79 Schüler auf einen Lehrer. Die Lehrer in Mecklenburg-Schwerin haben aber nicht nur die meisten Kinder zu unterrichten, sondern haben bekanntlich auch die niedrigsten Gehälter. Die Ausbildung muß naturgemäß am meisten darunter leiden. — Wohl als Nachklang zu der viel besprochenen Schulrevision hatte die Regierung die Aufnahme einer Schulstatistik vorgeschlagen. Anstandshalber konnten die Stände nicht gut nein dazu sagen. Allein vor einem Hineinsehen in das Schulwesen und den daraus sich ergebenden Konsequenzen hat man nun einmal eine große Abneigung; und so bedang man dann aus, daß diese Statistik sich nur auf die vom Reiche verlangten Nachweise beziehen soll.

Bremen. Durch eine heftige Acetylengas-Explosion haben Sonnabend nachmittag, wie bereits kurz berichtet, der Gastwirt Arend Bothe in Habenhausen und seine achtjährige Nichte den Tod gefunden, während Bothes Tochter an den Knien verletzt und dem Stromwächter Pundsack ein Bein gebrochen wurde, außerdem erlitt Pundsack schwere Verletzungen an der Brust; er wurde ins Krankenhaus gebracht. Bothe hatte mit Pundsack zusammen seinen Saal für eine Weihnachtsfestlichkeit dekoriert, als plötzlich die Explosion erfolgte. Wie sie entstehen konnte, war nicht zu ermitteln, und erscheint ganz rätselhaft aus dem Grunde, weil zwischen Saal- und Maschinenanlage keine direkte Verbindung war. Man muß schon annehmen, daß in der Wand eine undichte Stelle gewesen ist, durch die das Gas in den Saal strömen konnte, wo es sich dann an einem Licht entzündet haben wird. Bothe wurde durch den Luftdruck auf das geöffnete Klavier geschleudert, wo ihm an einer Schraube die Hirnschale zerschlagen wurde. Die Maschinenanlage und die Bühne sind total zerstört. Aus der Rückwand des Saales sind Steine herausgerissen und bis in die vordere Gaststube geflogen. Die Türen wurden zerrissen, die Fensterscheiben in einem Umfang von hundert Meter eingedrückt, und das Dach über der Bühne hatte sich gesenkt. Die Bremer Feuerwehr wurde, obwohl kein Brand entstanden war, herbeigerufen und besorgte die Aufräumungsarbeiten. Bothes Frau war während des Unglücks zu einer Beerdigung in Bremen.

Oldenburg. „In den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und Freude".

Nachdem der oldenburgische Landtag dem Pokerminister gegen die Stimmen unserer Genossen ein Vertrauensvotum ausgestellt hatte, hat der Großherzog dem Minister ein Glückwunschschreiben übersandt und sein Bildnis zum Geschenk gemacht. — Aus begreiflichen Gründen enthalten wir uns einer Kritik dieses neuesten Vorganges aus der kleinen Residenz, bemerkt dazu unser Banter Parteiorgan. Ein Kommentar ist auch gar nicht nötig, die Tatsache besagt genug.

Stadthallen-Theater.

Mignon, Oper in 3 Akten von A. Thomas. Obwohl man der Verunstaltung des Goetheschen „Wilhelm Meister“ durch den französischen Librettisten nur mit Bedauern gegenüberstehen kann, so würde es doch ungerecht sein, deshalb die Oper „Mignon“ zu verdammen. Thomas hat nämlich zu einem durchaus minderwertigen Text eine nicht unpoetische, reizvolle Musik geschrieben, die hauptsächlich dann entzückt, wenn ihre Wiedergabe so vortrefflich ist, wie am zweiten Weihnachtstage. Auch die Solisten waren auf Plätze gestellt, die sie völlig auszufüllen imstande waren. So schuf Frau Jäger-Meyer als Mignon eine Mädchenknospe von gewinnender Anmut sowohl in musikalischer wie in darstellerischer Beziehung. Mit Empfindung sang die Künstlerin die Arie „Kennst du das Land, wo die Zitronen blühen“, und erntete dafür reichen Beifall. Recht Erfreuliches bot auch Else Strauß als Philine. Da die Dame fast nie in Koloraturpartien beschäftigt wird, so ist es nicht leicht möglich, ein zutreffendes Urteil über ihr Können in ihrem eigentlichen Fache zu gewinnen; nach der Leistung als Philine darf man jedoch sehr annehmbare Darbietungen erwarten. Den Wilhelm Meister gab Herr Jäger durchweg befriedigend; im ersten Akte hätte es jedoch einen besseren Eindruck gemacht, wenn er sich bei der Unterhaltung mit Laertes nicht auf den Frühstückstisch zwischen die sogenannten Speisen gesetzt hätte. Prächtig in der äußeren Erscheinung sowie angemessen in Gesang und Darstellung war Herr von Borkowsky als Lothario. Auch Herr Jerschke als Laertes verdient Anerkennung. Die Chöre gingen besser, als man das in letzter Zeit gewohnt ist. Da auch die Regie für eine angemessene Ausstattung gesorgt hatte und Herr Kapellmeister Weys die musikalische Leitung mit Umsicht und Geschick führte, so kam eine beifallswürdige Vorstellung heraus, die von dem ausverkauften Hause mit stürmischem Applaus aufgenommen wurde.

Am ersten Weihnachtsfeiertage führte man die Millöckersche Operette „Der Bettelstudent“ auf. Die Vorstellung schien nicht genügend vorbereitet zu sein, denn sonst hätte sie viel flotter gehen müssen.

P. L.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Paul Singer), ist soeben das 13. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Die große Eselei. — Die Agrarfrage in Rußland. Von Karl Kautsky. — Klassenkampf in der Zentrumspartei. Von F. Meerfeld. — Bourgeoiser Sozialismus. Von M. Beer. — Literarische Rundschau: Leon Frapié, Die Kinderschule. Hermann Hesse, Unterm Rad. Von Franz Diederich. Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Von H. Fleißner. Bilder aus Lübecks Vergangenheit. Von W. Blos. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neujahrsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Sie enthält die farbigen Bilder „Prosit Neujahr“ und „Der Don Quixote“, sowie die weiteren Illustrationen „Patriotismus“, „Am Genfer See“, „Die findige Post“, „Kopfschmerzen des Kapitalismus“ und „Standesbewußtsein“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „1906“, „Zum neuen Jahre!“ von Erich Mühsam, „Freiheitsliebe“ von Robert Seidel, „Mein Teil“ von Edgar Steiger, „Sächsische Forsche“, „Kassensturz“, „Zur Jahreswende“, „O du mein Deutschland!“, ferner die Novelle „Klitschka“ von Ilse Frapan-Akunian, die satirischen Feuilletons „Silvesterspuk im Wirtshaus-[illegible]“, „Angewandte Naturgeschichte“ (illustr.) „Regentensorgen“, „Ein neuer Menenius Agrippa“, einen Brief von dem Hamburger „befahrenen Nautiker und Fleegenwirt Claus Swartmuel“, die regelmäßige Epistel von „Gotthilf Nante“ und zahlreiche kleinere Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

Ueberschuß vom Fahrgeld der Maurer Lübeck-Hamburg. Station Lübecker Bahnhof, durch B. N. . . . . . 20,85 Mk.

Expedition des „L. V“.

Lübecker Marktpreise vom 27. Dezember.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., **Meierei-Butter Pfd. 1,35 Mk.**, Hasen Stck. 3,50 Mk., Enten Stck. 4,— Mk., Hühner Stck. 1,60 Mk., Küken Stck. 1,50 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,80 Pf., Flickgans — Mk., Schweinskopf, Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. 15—30 Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf 30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. — Pfg., Kohl 100 Pfd. 3,— Mk., Gurken Pfd. —,— Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 4,— Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6,— Mk., per 10 Liter 50 Pfg. magnum bonum 200 Pfd. 4,— Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 27. Dezember.

Weizen, 127—132 Pfd. holl., Mk. 167—170, Roggen, 123—125 Pfd. Mk. 160—161 Hafer, je nach Qualität, Mk. 155—161, Gerste, je nach Qualität Mk. 150—160.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 27. Dezember.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.

Zugeführt wurden 500 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Bezahlt wurden Mk., Versandschweine, schwere 70 Mk., leichte $70\frac{1}{2}$—72 Mk., Sauen 64—68 Mk. und Ferkel 68—71 Mk. pro 100 Pfund.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Silvesterfeier-Komitee
Freitagabend 9 Uhr.

Henriette Sommer
Wilhelm Pagel
Verlobte
Oldesloe, Weihnachten 1905.

Emma Niekandt
Friedrich Vernimb
Verlobte.
Lübeck, Weihnachten 1905.

Wir sagen hiermit allen für die uns erwiesene Unterstützung unsern herzlichsten Dank
Heinrich Burmeister und Frau.
Ravensbusch, den 24. Dezember 1905

Allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie den Herren Meistern der Suberawerke für die mir zu teil gewordene Unterstützung meinen herzlichsten Dank
Fr. Ruwoldt.

Freundl. möbl. Wohn- und Schlafzimmer zu vermieten.
Lindenstraße 63a, part.

Ein Zimmer zu vermieten für einen jungen Mann mit morgens Kaffee, per Woche 2 Mk.
Wakenitzmauer 148, b. d. Glockengießerstraße.

Zum 1. April **2 u. 3 Zimmerwohnungen** im Preise von 170—220 Mark zu vermieten. Kanalstraße 10, früher Tivoli (kanalseitig) oder Ziegelstraße 13

Gesucht zu sofort
eine Plätterin
auf mehrere Tage der Woche
F. Jodeit. Petersstraße 25.

Gesucht
Frauen zum Sortieren von alten Gummischuhen.
J. S. Kleve, Mengstraße 22.

Eine Frau sucht Stellen zum Waschen und Reinmachen
Glockengießerstraße 52 7

15 fast neue Säcke, 1 gut erhaltener Sitzwagen billig zu verkaufen
Cronsforder Allee 37, pt.

Ein fast neues Fahrrad, 85 M., zu verkaufen.
J. Holz, Schwartau, Bahnhof 29

Ein kleiner niedlicher Hund zu verkaufen
Ludwigstraße 28, II.

Verloren ein schwarzes Boa mit vier Schwänzen vom Schlutup 52 Zwölf. Abzugeben gegen Belohnung
J. Nazvrot, [illegible], Schlutup

Umzüge, hier und außerhalb, und andere Fuhrarbeiten werden billig angenommen Dankwartsgrube 12, 5 d Mühlenstraße.

Wer leiht einem Verheirateten gegen Sicherheit 50.— Mk.
Ang. u. A 10 an die Exped. d. Bl.

Schöne Bielefelder Eßkartoffeln hat abzugeben à Ztr. 2,50 Mk.
H. Niemann, Sandstraße 37.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

— Die grünen Marken gehen nicht ein. —

Waren-Rabatt-Gesellschaft, G. m. b. H.
Lübeck, Schüsselbuden 10.

☞ Wir machen besonders darauf aufmerksam, dass sich zwischen je 10 Gratismarken eine grössere Anzahl gesammelter Marken befinden muss.

— Die grünen Marken gehen nicht ein. —

Nächster Gratismarken-Tag am 30. Dezember d. J.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Gute 5 u. 6 Pf. Zigarren
empfiehlt
Carl Buck, Marendorpstr. 32.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb.“

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Lederhosen . . 1,80—6,45
Manchesterhosen . . 2,60—6,75
Schlosserhosen . 1,88—5,25
Ueberziehhosen . 0,88—2,35
Zwirn-Hosen . . 1,38—3,25
Leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Westen, Hemden, Schlosserjacken, Friesenjacken, Maler-Kittel außerordentlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Früher M. 120.—, **jetzt M. 90.—**

Florett-Fahrräder
allen voran! Pa. Material, 2 Jahre Garantie! Freilaufnabe Torpedo M. 15 mehr. Mäntel v. M. 3.50 an, Schläuche M. 2,80, Acetylen-Laternen M. 2.
H. A. Hill, Fahrrad-Versandh., Johannisstr. 9
Rep. all. Syst. bill. Ambos-Fahrräder M. 75, 1 J. Gar.

Ankauf
von Lumpen, Knochen, Eisen, Tauwerk, Metalle ꝛc.
Bitte Postkarte, dieselbe wird vergütet.
Lender, Reiferstraße 14.

Rensefeld.
Am Montag den 1. Januar 1906:
Großer Ball
der Rensefelder Schweinegilde.
Hierzu laden freundlichst ein
Der Vorstand und G. Sternberg.

Klub Germania

Bei der am 26. Dezember 1905 abgehaltenen Tombola wurden folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

15	71	109	132	168	174	177
180	196	197	213	223	238	299
394	396	425	464	512	535	538
558	617	653	656	673	693	705
728	741	745	754	755	767	775
788	800	812	814	817	826	841
861	864	874	881	960	984	1003
1020	1046	1050	1096	1125	1172	1175
1186	1205	1249	1264	1265	1276	1277
1290	1300	1327	1347	1386	1403	1412
1450	1492	1504	1515	1553	1563	1585
1611	1621	1637	1727	1747	1753	1767
1772	1783	1785	1796	1829	1834	1844
1887	1908	1922	1929	1930	1949	1950
1964	1988					

Die Gewinne werden am Freitag den 29. Dezember, abends von 8—9 Uhr, ausgegeben. Die bis zum 12. Januar 1906 nicht abgeholten Gewinne verfallen der Klubkasse.

Variété
Universum
Täglich:
Großes Weihnachtsprogramm.
L. Puls.

Konzerthaus Fünfhausen.
Täglich:
Große Dom-Spezialitäten-Vorstellungen.
Anfang 4 Uhr nachm. Ende 2 Uhr nachts.
1. Platz 75, 2. Platz 50 Pfg.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Ein interessanter Ausflug zu den Jacht-Rennen der **Kieler Woche.**

Stadthallentheater.
Freitag den 29. Dez., 7½ Uhr.
64. Vorst. 11. Freitags-Ab.
Mignon.
Oper in 3 Akten von Thomas.
Sonnabend 4 Uhr: **Märchenvorstellung.**
8 Uhr: **Comtesse Guckerl.**
Kleine Preise.
Sonntag 7 Uhr: **Gr. Silvester-Feier.**
☞ **Cabaret-Abend.** ☜
Logen 3 Mk., Orchestersitz 2,50 Mk.
Parkett an Tischen 1 Mk

Verantwortlich: Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 303 — Freitag, den 29 Dezember 1905 — 12. Jahrgang

Die Fleischteuerung in Deutschland und die Gewerkschaften.

Man spricht immer nur von der Fleischnot und doch ist diese längst zu einer allgemeinen Lebensmittelverteuerung ausgewachsen, die freilich nur ein schwaches Vorspiel bildet zu dem, was nach dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge (1. März 1906) sich zeigen wird. Eine noch furchtbarere Herabsetzung der Lebenshaltung steht für alle bevor, deren Einkommen nicht elastisch genug ist, den Preisbewegungen zu folgen. und wer sich von den offiziellen Versprechungen beschwichtigen ließ, wird nun die Wahrnehmung machen, daß alles Täuschung und Trug war und daß die Konsumenten noch lange nicht den Ueberfall der Lebensmittelwucherer und ihrer freiwilligen oder unfreiwilligen Gönner überstanden haben. Herr v. Podbielski ist Minister der preußischen Landwirtschaft, aber nicht des preußischen Volkes, und die Schweine haben seine Prophezeiung, wonach sie gar bald ihre eigenen Preise drücken würden, nicht erfüllt. . . . Die „Statistische Korrespondenz" verzeichnet seit Januar steigende Fleischpreise und damit korrespondiert, daß die Zahl der Schlachtungen zurückgeht und den Schlachthöfen immer mehr unreifes Vieh zugeführt wird. Die unzureichende Viehproduktion, die infolge der vorjährigen schlechten Futtermittelernte noch weiter vermindert wurde, hält mit der zunehmenden Volksvermehrung nicht gleichen Schritt. Dazu kam überdies die Abnahme der Schafzucht, sowie der Schweineeinfuhr und des Fleischimports infolge der Grenzsperre und der Fleischbeschau. Neben den negativen Ursachen der Not wirkt aber auch eine positive: die Steigerung des Fleischbedarfs. Die Bevölkerung vermehrt sich jährlich um 800 000 Menschen. Zwar sinkt nicht blos die Sterbe- sondern auch die Geburtenzahl, aber das hat blos zur Folge, daß gerade jene Altersklassen der Bevölkerung, die am meisten auf Fleisch angewiesen sind, noch stärker hervortreten. Ueberdies wirkt das Anwachsen der städtischen Bevölkerung im Gegensatz zur ländlichen, deren Prozentsatz sinkt, gleichfalls darauf hin, die Zahl der Fleischesser zu mehren und jene der Fleischproduzenten zu mindern. Es ist bekannt und durch die Statistik erwiesen, daß für die Viehzucht hauptsächlich der kleinere und mittlere Landwirt in Betracht kommt und daß der Großgrundbesitz vorwiegend den Getreidebau, das Bauernium verhältnismäßig mehr die Viehzucht betreiben. Diese Zurücksetzung der letzteren wird der neue Zolltarif mit seiner gewaltigen Verteuerung der Zollsätze auf Getreide noch weiter forzieren, und wenngleich auch die Vieh- und Fleischzölle eine namhafte Erhöhung erfahren haben, so führt die Verteuerung der Futtermittel wieder den Ausgleich herbei. Es ist also tote Gewißheit, daß der neue Zolltarif das Uebel bis zur Unerträglichkeit verschärfen und eine heute kaum vorstellbare Teuerung aller Lebensmittel zur Folge haben wird.

Jetzt schon müssen also die Mittel und Wege benützt werden, die geeignet sind, die natürlichen und künstlichen Ursachen der Teuerung abzuschwächen und zu beseitigen. Vor allem handelt es sich um das Fleischbeschaugesetz und die Grenzsperre, die angeblich der Seuchengefahr begegnen sollen, in Wirklichkeit aber der agrarischen Preistreiberei dienen. Im Jahre 1899 gab es 163 000 verseuchte Gehöfte in Deutschland, heute ist die Zahl derselben eine verschwindend kleine — trotz der Vieheinfuhr aus Oesterreich Ungarn, Dänemark und der Schweiz. Daß es übrigens eine agrarische Lüge ist, wenn von Deutschland eine größere Verseuchung behauptet wird, als von den Nachbarstaaten, ergibt sich aus einer Ende Oktober dem Bundesrate vom Handelsvertragsverein zugegangenen Denkschrift, in der auf Grund der vom Reichsgesundheitsamtt veröffentlichten Daten nachgewiesen wird, daß eine Seucheneinschleppung blos von Rußland und Italien zu befürchten ist, also gerade von jenen Ländern, aus denen die Einfuhr von Schweinen heute gestattet ist und nach dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge in erhöhtem Umfange oder ganz neu zugelassen werden wird.

Die agrarische Tendenz der sanitären Maßnahmen zu bestreiten, ist also angesichts der Tatsachen unmöglich. Nur ein Bureaukratengehirn wird sich einreden lassen, daß 1360 russische Schweine keine Seuchengefahr, das 1361. Schwein hingegen eine solche erzeugen kann. Nur eine Junkerregierung wird glauben machen wollen, daß die am 28. Februar 1906 verdächtigen Schweine am folgenden Tage, da die neuen Verträge zur Anwendung gelangen, über jeden Verdacht erhaben sein müssen. Die „Seuchengefahr" wird am 1. März 1906 nicht um ein Jota größer sein als am Vortage, und alles Gerede von sanitären Bedenken, Schutz der deutschen Schweine usw. ist Geflunker, um den Fleischwucher zu maskieren. Grenzsperre und Fleischbeschau sind in ein System gebracht lediglich zu dem Zwecke, um die Preise des deutschen Viehes auf jenem Niveau zu halten, das die Agrarier für die Landwirtschaft als rentabel erklären, und sind nur insofern ernster zu nehmen, als sie eine ganz unbegründete Steigerung der Preise herbeiführen, den Abschluß industriegünstiger Handelsverträge erschweren und die Viehproduktion im Ausland durch unrentable Weise einschränken.

Neben der Steigerung des Fleischbedarfs infolge der Volksvermehrung, des Anwachsens der städtischen und auf Fleischkost mehr angewiesenen Bevölkerungsklassen sind es also die handels- und zollpolitischen im Verein mit den sanitären Maßnahmen, die die Fleischnot hervorrufen und die Kaufkraft, die Löhne schwächen. Der einseitigen Begünstigung des Getreidebaues durch die agrarische Zollpolitik entgegenzutreten, ist aber nicht bloß Aufgabe der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation, denn während einerseits der Gipfelpunkt der Teuerung noch lange nicht erstiegen, ist die gegenwärtige nur eine Vorprobe der künftigen, die nach dem 1. März eintreten wird. Dabei ist zu bedenken, daß die Wirkungen der gegenwärtigen Teuerung nicht einmal voll zur Geltung kommen, weil die diesjährige Hochkonjunktur der Industrie die Arbeitslosigkeit vermindert und das Lohnniveau hochhält. Es werden noch immer Massenbestellungen aus dem Auslande gemeldet, das Waren zu den alten Zollsätzen auf Vorrat erhalten will, und auch in Kommission gehen große Warenmengen, die man noch unter Geltung des alten Zolls abzusetzen hofft. Diese Anspannung der Produktion mildert also die Preissteigerung der Lebensmittel, wird aber diese in ihrer ungeschwächten Kraft zum Bewußtsein der Arbeiterklasse bringen, da die neuen Zolltarife mit der weiteren Erhöhung der Lebensmittelpreise auch noch das Gegengewicht der industriellen Hochkonjunktur ausschalten werden. Denn selbstverständlich muß diese mit dem 1. März 1906 ein Ende haben und eine langanhaltende Depression auslösen, die um so schwerer ins Gewicht fallen wird, als der Preisdruck in der Industrie jede Aufwärtsbewegung der Löhne hemmen und den Hochstand der Lebensmittelpreise nicht zu überwinden imstande sein wird. Fällt nun gar die wirtschaftliche Reaktion in der Industrie mit einer neuerlichen Mißernte an Getreide und Futtermitteln zusammen, und eine solche braucht durchaus nicht auf Deutschland beschränkt zu sein — dann sind die Folgen der unvermeidlichen Hungersnot gar nicht abzusehen. Dann wird sich zeigen, daß Deutschland keine Wahl mehr hat zwischen einer mehr oder weniger autarkischen Handelspolitik, sondern energisch den Uebergang zum Industriestaat vollziehen muß. Der Widerspruch zwischen der agrarischen Handelspolitik des Staates und dem industriellen Grundcharakter der deutschen Volkswirtschaft wird solche Dimensionen annehmen, daß er alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Fortführung der bisherigen Gewerkschaftspolitik in die Luft sprengen wird. Die Vorbereitungen, um der Krise, die sich infolge der jetzigen Ueberspannung der Kräfte in der Industrie heftiger denn je gestalten muß, wirksam steuern zu können, müssen daher jetzt schon getroffen werden und zunächst alles umfassen, was seine genaue Verfolgung der Lohn- und Preisbewegungen ermöglicht. Aber nicht bloß der Absatz- und Warenmarkt, der Stand des Arbeitsmarktes und der Industriepapiere, auch die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen und Branchen, die Arbeitszeit, Ueberstunden und andere Details des Arbeitsvertrages, müssen zum Gegenstande systematischer Beobachtung gemacht werden. Und je exzessiver die Agrarpolitik des Staates den Wert der industrieellen Schutzzölle zerstört, desto nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften die innere Wirtschaftspolitik beeinflussen. Die Anspannung der sozialpolitischen Leistungen der Industrie hat den Druck gegen die agrarische Richtung der Handelspolitik derart zu potenzieren, daß sie ihm weichen muß.

Dem doppelten Ansturm von Gewerkschaften und Industrie sollen dann die Regierungen der Bundesstaaten und des Reiches Widerstand leisten, wenn sie können. Sie werden früher oder später sich dazu bequemen müssen, Sozial- und Zollpolitik in Uebereinstimmung zu bringen. Denn Agrarschutz und Arbeiterschutz schließen sich aus.

S. K. im Correspondenzbl. d. Generalkommission.

Soziales und Vereinsleben.

Ein gescheiterter Scharfmacherplan. Die Streikversicherung der Unternehmerverbände will nicht zustande kommen. Die „Post" weiß zu berichten, daß die Interessenten meist nicht in der Lage oder nicht willens gewesen, von vornherein für die geplanten Unternehmen größere Garantiemittel bereit zu stellen. An deren Aufbringung glaubte das Aufsichtsamt aber um so mehr festhalten zu müssen, als hier Versicherungen in Frage kommen, bei denen es eben an geeigneten technischen Unterlagen und an sonstigen hinreichenden Erfahrungen fehlt. Bei dieser Sachlage wurde von den Beteiligten durchweg der Plan aufgegeben, Versicherungsunternehmungen zu gründen; man beschränkte sich darauf, Unterstützungsvereine ins Leben zu rufen, die ihren Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Entschädigung nicht einräumen, und behielt sich vor, nach einer Reihe von Jahren, nachdem genügende Garantiemittel und größere Erfahrungen gesammelt seien, auf die Gründung eigentlicher Versicherungsunternehmungen zurückzukommen.

Vom Klassenkampf. Im „Hafenarbeiter" lesen wir: Der Kollege Döring hat als verantwortlicher Redakteur der Nr. 21 des „Hafenarbeiter", die bekanntlich beschlagnahmt wurde, eine richterliche Vernehmung zu bestehen gehabt. Es ist wegen des Artikels „Volldampf voraus?" Anklage wegen „Aufreizung zum Klassenhaß" erhoben worden. Wegen desselben Verbrechens ist auch der Kollege Schlüter angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft hat ihn in Verdacht, der Verfasser des inkriminierten Artikels zu sein. Eine weitere Anklage ist gegen den Kollegen Görlitz als Redakteur und Verfasser des Artikels in Nr. 16: „Die Aussperrung der Hafenarbeiter in Aken", erhoben worden. Der Artikel soll verstoßen gegen den unter der modernen Judikatur zu so großer Berühmtheit gelangten § 153 (Verrufserklärung); ferner soll der Artikel Beleidigungen gegen die — „Arbeitswilligen" enthalten. Kollege Görlitz ist dieserhalb während seines zweimonatlichen Aufenthaltes in preußischen Staatspension richterlich vernommen worden. Dem Kollegen Seidel ist ebenfalls eine Anklage zugegangen. Hoffentlich ist unsere „Kompottschüssel" nun bald voll!

Ein Gewerkschaftler vor dem Kriegsgericht. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz hatte sich vor dem Breslauer Kriegsgericht der jetzige Grenadier, frühere Maurer Anton Stanke zu verantworten. Die Anklage beschuldigte ihn, in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands am 5 Juli im Makoschauer Walde bei Zalenze eine Versammlung unter freiem Himmel ohne polizeiliche Genehmigung veranstaltet zu haben. Als Zeuge wurde der Maurer Lorenz aus Altkosel vernommen, der angibt, der Angeklagte habe

---

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(Schluß.)

„Sollen wir denn das leiden?" sagte Lanzot, der kopfschüttelnd dem Streit zugeschaut hatte.

„Gewiß," lachte Beckdorf, „denn dem Burschen da geschieht vollkommen Recht. Er ist uns allen, die er nur möglicher Weise anborgen konnte, Geld schuldig, und hat damit getrunken und gespielt, während jener arme Teufel fleißig arbeitete. Aber komm, da ist der Wagen, und wir wollen uns mit dem Lump nicht länger aufhalten."

Der Wagen fuhr indessen vorüber, ohne anzuhalten, und der Justizrat war die ganze Zeit von seinem Maultier auf das Unbarmherzigste umhergeworfen worden. Dieses nämlich wollte dem vorbeirollenden nach, und sein Reiter wäre auch nicht im Stande gewesen, es allein zu halten, hätten ihm nicht Beckdorf und Lanzot mit ihren Pferden den Weg verlegt. Mit großer Mühe nur beruhigte es sich wieder, und der Justizrat, der bis dahin genug mit ihm zu tun gehabt, erkannte zu seinem Erstaunen in diesem Augenblick seinen alten Freund, den Kometen. Korbel stand nämlich noch mit einem dicken roten Kopf dicht am Wege und schien vollkommen unschlüssig, nach welcher Richtung er sich wenden soll. Beckdorf und Lanzot ritten vorüber, der Justizrat aber, sein Maultier noch einmal mit Gewalt einzügelnd, rief:

„He — Aktuar — sehr gut — treffe Sie hier — gehe fort aus Minen — meine halbe Unze."

Der Aktuar sah den Mann verächtlich über die Schulter an und brummte nur das eine höchst unhöfliche Wort: „Holzkopf!"

„Donnerwetter," rief der Justizrat, aber sein Maultier schnitt die so interessant begonnene Unterhaltung ab. Die Pferde waren voraus und denen folgte es jetzt, sein Reiter mochte in den Zügel hineinreißen, soviel er wollte, während der diesmal geprellte Komet in düsterem Schweigen und mit untergeschlagenen Armen auf der Straße zurückblieb.

Der Justizrat wäre jetzt gern wütend geworden, wenn ihm sein Tier nur Zeit dazu gelassen hätte; von hier ab ging aber der Weg eine ganze Strecke bergab, und der Wagen fuhr so schnell, daß die Reiter ihm in scharfem Trabe folgen mußten. Da blieb ihm denn allerdings weiter nichts übrig, als die halbe Unze im Sich und den „Holzkopf" auf sich sitzen zu lassen, denn einzügeln konnte er nicht mehr. Mehr und mehr belebt wurde indeß die Straße, und hier und da fanden sie auch schon Stellen, wo einzelne Amerikaner anfingen, ihre kleinen improvements — Blockhütten mit einem kleinen Stück eingezeunten Feld — zu bauen. Mit Sonnenuntergang trafen sie auf mehrere Trupps lagernder Maultiere, bis sie endlich die weißen Zeltdächer Stocktons erkennen konnten. Wie sich Lanzot aber besonders der armen Frauen wegen freute, das Ziel ihrer mühseligen und eben nicht bequemen Fahrt erreicht zu haben, so sah er sich auch jetzt nach ihrem Begleiter, dem Justizrat, um, der mit den merkwürdigsten Kapriolen auf seinem Tier saß und gar nicht so recht fortzukommen schien.

Er wendete sein Pferd, ritt zu ihm und rief:

„Was ist denn, Herr Justizrat, will Ihr Klepper nicht mehr von der Stelle? — Nun, jetzt sind Sie bald erlöst; sehen Sie, da drüben liegt schon Stockton, und in einer oder anderthalb Stunden können wir es erreichen. — Was hatten Sie denn eben?"

„Gott sei Dank," brummte der Justizrat — „Dammte Bestie — Wolf!"

„Ein Wolf? — hier?" rief der junge Mann erstaunt und sah sich überall, wenn auch vergebens, um — „das wird wahrscheinlich einer der kleinen Cayotas gewesen sein, die es hier überall in Menge gibt, und mit der Abenddämmerung kommen sie hervor. Die haben Sie aber nicht zu fürchten."

„Unsinn — Cayota," brummte aber der Justizrat noch viel verdrießlicher als vorher — „Wolf — Wolf geritten."

Lanzot konnte sich nicht helfen, er mußte laut auflachen; da aber mit dem ohnedies ungemütlichen Menschen in dieser Stimmung gar nichts anzufangen war, ließ er ihn eben hinterdrein reiten, so gut er fortkommen konnte, und schloß sich dem Wagen wieder an. In Stockton mußten sie allerdings übernachten; aber mit Tagesanbruch ging ein Dampfboot nach San Franzisko ab, das die Fahrt in wenig mehr als zwölf Stunden zurücklegte. Dort begrüßte sie Doktor Rascher, der von ihrer Ankunft in Kenntnis gesetzt war und ihnen sogar schon Plätze auf dem nach Panama abgehenden Dampfer besorgt hatte. Dieser aber ging erst den dritten Tag in See und Lanzot benutzte die Zeit, sich vor dem Altar mit Manuela zu verbinden. Der alte Doktor schüttelte zwar noch immer den Kopf, betrieb aber doch dabei die dazu notwendigen Vorbereitungen auf das Eifrigste und schien sich selber dabei des Glückes der jungen Leute innig zu freuen.

Die Trauung war denn auch nachmittags um drei Uhr am letzten Tage vollzogen, und um sechs Uhr mußten sie an Bord des Dampfers Mohican sein, der mit qualmenden Schornsteinen draußen in der Bai vor Anker lag. Der Justizrat hatte sich mit ihnen einschiffen wollen, es war ihnen aber lieb, daß er mit seinen Vorbereitungen nicht fertig werden konnte, denn der Assessor fehlte ihm hier, der seine Sachen packte. Auch Graf Beckdorf blieb zurück, um, wie er lachend meinte, sein Glück noch einmal in den Minen zu probieren. Aber er begleitete die Freunde noch nach der Trauung, der er als Zeuge beiwohnte, an die Landung. Der Justizrat ging ebenfalls mit, da er auf Gottes Welt weiter nichts zu tun hatte.

Und durch das Lärmen und Treiben der neu entstandenen Weltstadt, durch das Drängen nach Gold, durch ein Gewühl lebendiger Preiskurante und verkörperter Spekula-

ihm einmal gesagt, demnächst werde eine Versammlung stattfinden, da solle er hinkommen, wo, wisse er noch nicht. Zeuge habe hinterher durch Erzählen erfahren, daß im Makoschauer Wald eine Versammlung stattgefunden habe. Der Angeklagte wendet ein, es sei wohl möglich, daß er den Zeugen zu einer Besprechung in seiner Wohnung eingeladen habe, aber nicht zu einer Versammlung unter freiem Himmel. Der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Tschirschke führt in seinem Plaidoyer aus, es sei dargetan, daß am 3. Juni tatsächlich eine Versammlung im Makoschauer Wald, unter freiem Himmel, abgehalten wurde, wie ein Zeitungsbericht sage. Es sei wohl unglaubwürdig, daß Arbeiter, wie der Angeklagte behauptet, einen Redakteur reingelegt und aus Scherz zum besten gehabt hätten. Er beantragte 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Haft. Der Angeklagte beantragt Freisprechung, da tatsächlich eine solche Versammlung unter freiem Himmel nicht stattgefunden habe. Wie der Verhandlungsführer bei der Urteilsverkündigung ausführte, hat das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Makoschauer Versammlung stattgefunden habe. Dem Gericht sei das Zeugnis des Lorenz nicht ausreichend, es konnte aus ihm nicht recht klug werden, ob der Angeklagte ihn zu dieser Versammlung aufgefordert, es konnte auch eine Besprechung in der Wohnung (Bureau) gemeint sein. Daher erfolgte Freisprechung.

Englische Kohlen. Die Regelung der Produktion durch das Syndikat erfährt eigenartige Beleuchtung durch eine Notiz in der „Köln. Volksztg.“, nach der nicht nur die englischen Kokskohlen, sondern auch die englischen Kessel- und Generator-Kohlen von den rheinisch-westfälischen Werken aufgekauft werden, da dieselben sich in einer Notlage befinden, weil das Kohlensyndikat die kontraktlichen Mengen nicht liefere. Das Kohlenverladegeschäft nach dem Oberrhein ist trotz des günstigen Wasserstandes wieder abgeflaut. Die Bedienung der rheinischen Reeder durch die Zechen ist sehr mangelhaft. Die Schiffsbeladung leidet unter der verspäteten Anlieferung der abgerufenen Kohlen, obwohl der Wagenmangel beseitigt ist. — Solche Manipulationen können doch nur den Zweck haben, den Boden für weitere Preissteigerung zu bearbeiten.

Die Aufsichtsratssitzung der „Hibernia“ fand kürzlich in Berlin statt. In den letzten 10 Jahren verteilte die Gesellschaft folgende Dividenden: 7, 7, 7, 8, 8, 9, 9, 9, 9 und 10 Prozent. Jetzt sollen es $10\frac{1}{2}$ Prozent werden und im nächsten Jahre noch mehr. Den Bergarbeitern eine Trutznovelle, den Unternehmern höhere Dividenden, so findet jeder seine „gesicherte Existenz“.

In der Druckerei unseres Düsseldorfer Parteiorgans wird am 1. Januar der achtstündige Arbeitstag eingeführt. Die Neuerung ist ein erfreulicher Beweis für den Aufschwung, den das Düsseldorfer Parteigeschäft im letzten Jahre genommen hat.

Unfreiwillige Komik. Der sozialdemokratische Agitationskalender 1906 „Ostpreußischer Landbote“ ist vor kurzem an fast 2000 dem Partei-Sekretariat für Ostpreußen zur Verfügung stehende Adressen portofrei zur Verbreitung versandt worden. Einem der Adressaten konnte der Postbote das Paket nicht in seiner Wohnung aushändigen, weil derselbe inzwischen seinen Aufenthalt unfreiwillig nach dem Insterburger Gerichtsgefängnis verlegt hatte. Der pflichttreue Postbote vermerkte dieses auf dem Paket und die Postbehörde sandte es an den Adressaten im Gefängnis. Dort wurde das Paket geöffnet und sein Inhalt geprüft. Neben 12 Exemplaren des Kalenders befand sich auch darin ein gedrucktes Zirkular mit diesem Inhalt:

> Wir übersenden Ihnen hier eine Anzahl des so sehnlich erwarteten Kalenders zur Verteilung an die Landarbeiter, Handwerker und Kleinbauern. Da unsere Gegner alles mögliche versuchen werden, die Verbreitung des Kalenders zu verhindern, so bitten wir auf folgendes zu achten: Der Kalender muß sofort nach seiner Ankunft, womöglich an demselben Tage, unentgeltlich verteilt werden usw. Sollte die Sendung nicht ausreichen, dann schreiben Sie uns doch schnell, wie viele Kalender Sie noch brauchen.
>
> Mit der Bitte, für schnelle und gründliche Verteilung des Kalenders zu sorgen, zeichnet
>
> mit freundlichem Gruß
>
> „Der Verlag des Ostpreußischen Landboten“.

Entweder befürchtete nun die Gefängnisverwaltung, der im Gefängnis sitzende Arbeiter könnte die in diesem Zirkular enthaltene Anweisung zur Verbreitung im Gefängnis prompt befolgen, unter anderem, wenn die Sendung nicht ausreicht, mehr verlangen; oder schien es der Inspektion zu gefährlich, die Kalender mit ihrem aufrührerischen Inhalt so lange in ihren Räumen aufzubewahren, bis der Inhaftierte in Freiheit war. Kurz, der Verlag des „Ostpreußischen Landboten“ erhielt die Sendung zurückgeschickt mit einem Schreiben, in dem es wörtlich heißt:

> Da gemäß § 84 der Gefängnisordnung vom 21. Dezember 1898 Gefangene, welche Gefängnisstrafe verbüßen, Bücher und Schriften nur aus der Sammlung des Gefängnisses entnehmen dürfen, und da nach Lage der Sache zur Bewilligung einer Ausnahme von dieser Vorschrift im vorliegenden Falle kein Anlaß gegeben ist, sende ich Ihnen beifolgend die zwölf Kalender und das gedruckte Anschreiben zurück.
>
> Der Gefängnisvorsteher.
>
> Hecht,
>
> Geheimer Justizrat.

Aus dem Regen in die Traufe. Die Stadtverordneten von Waltershausen wählten an Stelle des nichtbestätigten Genossen Christ den Fabrikarbeiter Gen. Jäger zum Senator.

„Wegweiser zum Zukunftsstaat“ nennt sich eine neue „sozialistische Wochenschrift“, die seit kurzem in Berlin erscheint. Das Blatt ist so provokatorisch geschrieben, daß es direkt die Frage herausfordert: welche Personen stecken hinter dieser „sozialistischen“ Gründung? So liest man z. B. in der Nr. 2 des Wisches über die Fleischnot: „Hat der Arbeiter es nicht in seiner Hand, wenn er sich schon das Fleischessen abgewöhnen muß, auch den besitzenden Klassen das Fleisch zu entziehen, indem er einfach die Arbeiten verweigert, die erforderlich sind, dem Reichen das Fleisch zugänglich zu machen? Wäre es nicht Aufgabe und Pflicht des Parteivorstandes, der Fraktion, in Verbindung mit den Vorständen der betreffenden Gewerkschaften, die Schritte zu prüfen, die erforderlich sind, um in wirklich energischer Weise gegen die Fleischteuerung vorzugehen, als mit einer von vornherein aussichtslosen Interpellation, mit nutzlosen Resolutionen Zeit und Kräfte zu vergeuden?“ — Ferner über Wilhelm II.: „Wir in Deutschland leiden in dieser Beziehung an einer merkwürdigen Kurzsichtigkeit. Die vom Kaiser berufenen Vertreter erkennen wir voll an, dadurch, daß wir im Parlament mit ihnen arbeiten. Hinten herum aber suchen wir den Löwen des Monarchismus durch Nadelstiche in kleinlichster Weise zu reizen. Das ist nicht sozialdemokratisch, das ist nicht vornehm. Wir wissen, daß Wilhelm des Zweiten machtvolle Persönlichkeit hinter den durch die Verfassung vorgeschobenen Ministern steht, und auf diese entladet sich die ganze Wucht der schärfsten Kritik. Denjenigen aber, der hinter diesen Männern steht, suchen wir durch kleinliche Seitenhiebe auf jede mögliche Art und Weise zu kränken, ohne daß es irgend welchen Zweck hat.“ — Endlich über die Flottenvorlage äußert sich das Blatt, das übrigens in auffallender Weise die auf die Flottenvorlage bezüglichen Ziffern fälschte, und von 165 Millionen Gesamtkosten statt 800 Millionen, ebenso wie von 20 Millionen jährlicher Mehrausgaben statt 70 Millionen spricht, folgendermaßen: „Und wollen wir ehrlich sein, so ertappen wir uns dabei, daß wir uns in unserm Innersten sagen müssen, der am besten Gerüstete hat den Frieden in seiner Hand. Diese Tatsache ist in den letzten Jahren zur Genüge zur Geltung gekommen. Und da es uns Sozialdemokraten vor allem daran liegen muß, Kriege zu verhüten, so können uns auch alle Mittel recht sein. Das schlimmste wäre es nicht, wenn ein Sozialdemokrat einmal für die Bewilligung einiger Kriegsschiffe stimmen würde, zumal, wenn immerhin ein Vorteil, sollte es auch nur ein winziger sein, dabei für den Arbeiter herausschaut“ — Leute, die sich dem Wahn hingeben, durch solchen Blödsinn den deutschen Arbeiter verwirren zu können, müssen auf dem geistigen Niveau der Polizeispitzel stehen. Als Sozialdemokraten können wir den Wisch nur dem Papierkorb widmen. Aber als Steuerzahler fragen wir: aus welchem Fonds wird diese neue dummdreiste „Unternehmung“ gegen die Sozialdemokratie gespeist?

Aus Nah und Fern.

Ein Jahr Gefängnis für einen Knaben. Es handelt sich um den Schulknaben Zielinkiewicz aus Wreschen, der wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges angeklagt war. Er hatte in Gemeinschaft mit einigen Spielgenossen auf der Strecke Posen—Wreschen an einer Böschung, wo das Gleis eine ziemliche Krümmung beschreibt, 14 Steine in einer Entfernung von etwa einem halben Meter auf die Schienen gelegt und wollte, wie er sich geäußert, den Zug zum „Umwerfen“ bringen. Glücklicherweise gelang es dem zuständigen Weichensteller, das Hindernis kurz vor einem heranbrausenden Schnellzuge zu entfernen. Nachdem der als Sachverständiger geladene Regierungsrat Pater aus Posen die Möglichkeit einer Entgleisung durch die Steine als naheliegend bezeichnet hatte, beantragte der Staatsanwalt das geringste zulässige Strafmaß von einem Jahr Gefängnis, indem er zugleich hervorhob, daß der jugendliche Angeklagte wahrscheinlich nicht in das Gefängnis wandern, sondern einer Fürsorgeanstalt überwiesen werden würde. Die Strafkammer Gnesen erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß. Also ein Jahr Gefängnis für einen Dummenjungenstreich! Dieser neueste Fall auf dem Gebiete der Strafrechtspflege beweist wieder einmal die Ueberlebtheit des Strafgesetzbuches!

Thedje mit de Utsichten. Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie hielt am 14. Dezember eine Ausschußsitzung ab, an der 35 Vertreter teilnahmen. Der Generalleutnant v. Liebert renommierte den 35 Sozialistentötern allerlei über die Erfolge des Reichsverbandes vor. Seine Einnahmen hätten sich verdreifacht, die Mitgliederzahl sogar vervierfacht (81 747 Mitglieder soll er am 14. Dezember gehabt haben). Bei sechs Reichstagswahlen hätte der Reichsverband mitgewirkt, auch bei den Landtagswahlen werde er sich mehr und mehr betätigen. Vor allem aber habe er auch den Stadtverordnetenwahlen sowie den Krankenkassen- und Gewerbegerichtswahlen seine Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ziel der Sozialdemokratie, die dritte Wählerabteilung bei den Stadtverordnetenwahlen als unumschränktes Gebiet der revolutionären Umsturzpartei in Anspruch zu nehmen, müsse unter allen Umständen vereitelt werden. Der Reichsverband sei daher dem aus verschiedenen deutschen Städten an ihn ergangenen Rufe, auch bei den Stadtverordnetenwahlen seine Kräfte für die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung zu stellen, gern und freudig gefolgt. Im Jahre 1908, bei den allgemeinen Reichstagswahlen, will der Reichsverband aber erst zeigen, was er leisten kann. Er werde es sich, so versicherte Herr Liebert, angelegen sein lassen, alle seine Kräfte zusammenzufassen, damit die allgemeinen Reichstagswahlen im Jahre 1908 der Sozialdemokratie eine so empfindliche Niederlage beibringen, daß der Reichstag hoffentlich wieder eine zuverlässige nationale Mehrheit aufweisen wird. Als Hauptkampfmittel dienen dem Reichsverbande bekanntlich neben seinen von Verleumdungen der Sozialdemokratie strotzenden Flugblättern die „Volksredner“, die in einer Berliner Rednerschule auf Sozialdemokraten dressiert werden. Ueber den letzten Kursus dieser Rednerschule teilte Herr Dr. Bovenschen mit, 23 Teilnehmer hätten sich ein paar Wochen lang die bekannten Lügen über die Sozialdemokratie eintrichtern lassen. Davon seien zwei Bayern „als begeisterte Anhänger der Sache des Reichsverbandes“ in ihre Heimat zurückgekehrt. Nach Berufen geordnet waren die Teilnehmer ein Landmesser, ein Dr. phil., ein Rechtspraktikant, ein Journalist, ein Rektor, ein Lehrer, drei Kaufleute, ein Handwerker, acht gelernte Arbeiter und fünf Bergleute. Eine ziemlich bunte Gesellschaft, deren Bekanntschaft die deutschen Arbeiter in nächster Zeit machen werden. Wir fürchten, es wird den Agitatoren des Reichsverbandes schlecht ergehen, wenn sie in die politische Arena treten. Ueber die Mittel, über die der Reichsverband verfügt, wurde leider nichts bekannt gegeben. Allzu üppig wird sein Budget also nicht sein, sind doch die Kreise, aus denen er seine Mitglieder holt, bekannt dafür, daß sie nicht gern finanzielle Opfer für ihre politischen Anschauungen bringen. Die Sozialdemokratie braucht den Reichsverband nicht zu fürchten, immerhin empfiehlt es sich aber, ihn auch nicht als vollkommen bedeutungslos zu betrachten. Offenbar stellt er den letzten Versuch der Reaktionäre aller Schattierungen dar, die sozialdemokratische Position im Reichstage zu schwächen, und ihm begegnet man am besten durch unaufhörliche Agitations- und Organisationsarbeit.

Ein Attentat sollte auf den Kardinal Casanas in Barcelona verübt werden. Der Weber Comas, das Haupt eines anarchistischen Vereins, versuchte, den Kardinal zu erdolchen. Ein Domherr lenkte den Stoß ab, indem er den Angreifer ins Gesicht schlug. Der Täter wurde verhaftet.

Ein „weiser“ Magistrat. Eine sehr zeitgemäße Bekanntmachung erläßt der Glogauer Magistrat. Er tut nämlich kund und zu wissen, daß das Baden im Oderstrom, das seinerzeit der Choleragefahr wegen verboten wurde, nunmehr (im Dezember) wieder gestattet sei.

Ankunft eines vermißten Dampfers. Der Dampfer „Sicilian Prince“, der mit 774 Passagieren von Palermo abgegangen war und dessen Untergang, wie von uns gemeldet, befürchtet wurde, ist wohlbehalten in Newyork eingetroffen. Seine Vorüberfahrt bei Gibraltar, Tanger und den Azoren war wegen Sturms und Nebels unbemerkt geblieben.

Ein Naphtha-Schiff in Flammen. Am Donnerstag abend geriet ein italienisches Naphtaschiff in dem Hafen von Malta in Brand. Die Löschversuche von seiten der im Hafen liegenden Kriegsschiffe erwiesen sich als vergeblich. Um ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern, wurde das Schiff in den Grund gebohrt.

Furchtbarer vulkanischer Ausbruch auf den Samoainseln. Ein in Newyork von Honolulu eingelaufener australischer Dampfer hat Berichte über einen furchtbaren vulkanischen Ausbruch in Matatua auf den Samoa-Inseln überbracht. Ein neuer 3000 Fuß hoher Berg ist erstanden und die ausströmende Lava hat ein Gebiet von 30 englischen Quadratmeilen überdeckt.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk.). Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 39. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Wer trägt die Schuld? — Sächsische Weihnachten. — Die Schwarzen und die Schwarzweißen. — Revolutionäre Arbeit. — Jogs Limpeters: Zwei Wahlen im Ruhrrevier. — E. Erdmann: Die höhern Schulen. — Lily Braun: Aus meinem Briefwechsel. — Hermann Wendel: Ein Werdender. — Sylvesterpredigt eines Nüchternen.

---

tiosen starrten die glücklichen Menschen, die hier in Kalifornien das schönste Gold — den Frieden ihrer Seele — gefunden hatten, dem Landungsplatze zu, von dem aus sie Boote nach dem Dampfer hinüberschaffen sollten. Dem langen Weg, das in die Bai hinausgebaut war, um bei hoher Flut die direkte Landverbindung mit den Schiffen zu erhalten, folgten sie, und dort rannte der Justizrat, der stets die Augen wo anders hatte, gegen eine riesige Menschengestalt an, die auf die wunderlichste Art mit Feuerzangen, Schaufeln, Dreifüßen, Waffen und Handwerkszeug behangen, ein wanderndes lebendes Eisenlager, mitten im Wege stand und ihre Waren feilbot.

„Donnerwetter,“ sagte der Mann und sah im nächsten Augenblick erst erstaunt, dann bestürzt zu dem dicken gemütlichen Gesicht des Eigenen empor, den man, einmal gesehen, nie im Leben wieder vergessen konnte, — „hm, — alte Bekannte.“ — Es war derselbe Mann, der ihn damals spät Abends an seiner Brieftasche nahe dem Paradies hatte erleichtern helfen. Keinesfalls erinnerte sich aber der Riese noch auf den unbedeutenden Justizrat.

„Kaufen Sie nichts von Eisenwaren, mein lieber Herr?“ sagte er freundlich, „Revolver, Hirschfänger, Bajonette, Feuerschaufeln, Zangen, Messer, Gabeln, Löffel, Briefbeschwerer?“

„Hm — sonderbar!“ murmelte der Justizrat zwischen den Zähnen durch, antwortete aber nicht und schritt langsam an dem Verkäufer vorüber, dem Ende des Werftes zu.

Er kam dort eben zur rechten Zeit an, um zu sehen, wie der Boote mit den Passagieren von der Landung abstießen und dem Dampfer zueilten, von dem schon die dritte Glocke läutete.

„Hallo — mitfahren!“ schrie er allerdings hinterher; aber die Bootsleute hatten keine Zeit mehr umzukehren. Hersons erkannten ihn aber, und sie und Lanzot winkten ihm noch ein Lebewohl zu, das er jedoch nicht erwiderte.

„Können zum Teufel gehen,“ brummte er vor sich hin, drehte sich um und kehrte in die Stadt zurück.

Doktor Raischer und Graf Beckdorf waren mit im Boot, und nach herzlichem Abschied und dem Versprechen, sie dermaleinst in ihren verschiedenen Wohnsitzen aufzusuchen, trennten sie sich von ihnen. Die Damen stiegen die breite, außen angebrachte Schiffstreppe, von Herson und Lanzot dabei unterstützt, hinauf — das Gepäck wurde durch eine Menge geschäftiger Hände nachgereicht — die Treppe selber hob sich — die Räder fingen an zu arbeiten, die Boote wichen dem keuchenden Koloß aus — der Anker kam unter dem Singen und Jubeln der Matrosen nach oben. Wenige Minuten später schäumte die klare Flut des Baiwassers unter dem scharfen Bug des „Mohican“, und auf den zurückgeworfenen Radwellen schaukelten die Boote. Vom Deck des Dampfers, gerade unter dem lustig in der frischen Brise entwehenden Sternenbanner, winkten aber ein paar weiße Taschentücher grüßend herüber.

„Lebt wohl! Gott segne Euch!“ rief der alte Doktor Raischer hinüber, dem die klaren Tränen in den Augen standen, und über die Bai, dem „goldenen Tor“ zu, schäumte das wackere Fahrzeug dem Ozean — der Heimat entgegen.

Ende.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. — Verleger Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co — Sämtlich in Lübeck.